

# Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 2. — Fernsprecher: Anruf 1111. — Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsnummer 2. — Postvertrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 10. bis 17. Dezember 850 Milliarden Mark, Abolier 810 Milliarden Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pfg. auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfg., Vereinsanzeigen 20 Pfg., 10 gespaltene 30 Millimeter breite Reklamezeile beträgt 100 Pfg., auswärts 150 Pfg. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 20). Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorarbeiten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 288

Magdeburg, Dienstag den 11. Dezember 1923.

34. Jahrgang.

## Die Wacht am Rhein.

In vorderster Linie der Front am Rhein, die gegen französische Abtrennungsabsichten kämpft, steht die rheinische Sozialdemokratie unter der Führung des Reichsministers a. D. Wilhelm Sollmann. Von diesem erhalten wir folgenden Artikel:

Am 11. Dezember tritt im Rathaus zu Köln der „Sechzigerausschuß“ zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er hat die Aufgabe, endlich die vielen Ausschüsse und privaten Gremien abzulösen und zu verdrängen, die seit dem Abbruch des passiven Widerstandes mit den Besatzungsbehörden, zumal mit dem französischen Oberkommissar Tirard in Koblenz verhandelt haben. Alle rheinischen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, sind in dem Ausschuss vertreten, aber auch alle Bezirke der Rheingebiete und alle Bevölkerungsklassen. Trotzdem oder gerade deshalb darf man diesem Ausschuss kaum günstige Prognosen an den Weg geben. Er ist nicht das, was die französische Rheinpolitik sich als Verhandlungspartner wünscht. Niemand sitzt in dieser Körperschaft, der sich als Freund einer Loslösung vom Reiche zu bekennen magte. Ja, auch die entschlossenen Gegner einer Trennung von Preußen dürften die Mehrheit haben. Zudem soll der Sechzigerausschuß nach dem Willen der Reichsregierung, der sicher auch kein Gegner ist, keine Verhandlungen über staatsrechtliche Veränderungen am Rhein führen, sondern sich auf wirtschaftliche und soziale, allenfalls auch finanzielle Fragen beschränken. Ich fürchte sehr, dieser Ausschuss wird am Deutschen Eck zu Koblenz, wo jetzt die Interalliierte Rheinlandkommission residiert, in Strudel geraten und scheitern. Wenn nicht, desto besser für uns alle. Jedenfalls sind deutsch-französische Streitigkeiten gegen den Sechzigerausschuß unter Beteiligung eines deutschen Reichstagsabgeordneten schon im Gange.

Was trennt uns von den französischen Machthabern? Wir wollen Wirtschaft und Verkehr im Rheinland rasch und gründlich in Gang setzen, um frei und mit möglichst geringer Inanspruchnahme des übrigen Reiches leben zu können; sie wollen die seit Monaten anhaltende furchtbare Lage der Bevölkerung im französisch und belgisch besetzten Gebiet ausmühen, um unter stärkstem Druck zu erreichen, was ihnen anders nie gelingen würde: politische Umgestaltungen am Rhein.

Es wäre verfehlt, zu bestreiten, daß Waffenkard und verbrecherischer Terror der separatistischen Räuberbanden in der Pfalz, an der Mosel und am Mittelrhein manchen Mühe gemacht haben, aber selbst dort will die anständige Bevölkerung ohne Unterschied der Partei und Klasse nichts von einer Loslösung vom Reiche wissen. Lage Hoffnungen auf Besserung der Verhältnisse bei Errichtung eines Rheinstaates „im Rahmen des Reiches“ irren durch die gequälten Landesleute. Jrgendem Zusage, zumal wirtschaftlicher und finanzieller Natur, liegt aber von keiner beruhigenden französischen Stelle vor. Die Vertreter des französischen Imperialismus lassen nur immer das Bild eines Rheinstaates unter französischer Kontrolle und noch nicht einmal mit einer Vertretung zum Deutschen Reichstag vor uns auftauchen. Uns aber geht die Erkenntnis nicht auf, was jetzt und gar auf die Dauer für die Rheinlande besser werden soll, wenn sie allein die Sorgen auf sich laden, unter denen jetzt das ganze Deutschland fast zusammenbricht. Es lassen sich von der Warte europäischer Politik gewiß manche Verständigungsmöglichkeiten am Rhein zwischen Frankreich und Deutschland erkennen, aber diese können nur in Verhandlungen zwischen der Regierung und Rheinlandvertretern scheitern, wenn die französische Regierung ihre „Rheinlandfrage“ nicht im Rahmen des gesamten Reparations- und Wirtschaftsproblems mit der deutschen Reichsregierung erörtert, wird eine Milderung des schärfsten Mißtrauens, das alle politisch ehrenhaften Rheinländer gegenüber der jetzigen französischen Rheinpolitik empfinden, nicht eintreten. Wie sehr wünschten wir am Rhein, daß die Atmosphäre eine andre, eine bessere würde. Aber wir bleiben dabei, daß alle rheinischen Räte ohne staatsrechtliche Änderung gehoben werden können. Die jüngsten Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Rheinlandvertretern scheinen uns das erneut beweisen zu haben.

Die Sorge um den Rhein ist eine deutsche Schicksalsfrage, vielleicht die deutsche Frage auf Jahrzehnte. Wir rheinischen Sozialdemokraten haben oft gezeigt, daß wir sie hoch über den Parteikampf hinausheben. Aber Kraft und unerbittlich werden wir, wenn große Ge-

schäftemacher am Rhein oder Politiker in Berlin das Wort „vorübergehende Preisgabe“ mit einer Leichtigkeit von sich geben, als handle es sich hier nicht um Entschlüsse, aus denen neue europäische Schlachtfelder entstehen können. Nie werden wir zugeben, daß eine kleine Gruppe von Männern, sie seien Truchsen oder Minister, Entscheidungen über das Rheinland ohne das Rheinland treffen. —

### Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Der Reichstag hat am Sonnabend das Ermächtigungsgesetz mit 313 gegen 18 Stimmen angenommen. Die Annahme erfolgte gegen die Deutschnationalen, Kommunisten und bayerischen Bauernbündler, während die Regierungsparteien und fast geschlossen die Sozialdemokratie dafür stimmten. Die Deutschnationalen verblieben bei der Abstimmung im Saal, ohne mitzustimmen, so daß ihre Anwesenheit bei der Auszählung unberücksichtigt blieb, während die Kommunisten zwar gegen das Gesetz stimmten, sich aber der deutschnationalen Obstruktion, die Zweidrittel-Anwesenheit zu sabotieren, nicht anschlossen. Aus der sozialdemokratischen Fraktion stimmte ein großer Teil der Gegner des Gesetzes ebenfalls für die Annahme. Das Nähere ist aus dem folgenden Bericht zu ersehen.

Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes ist die innerhalb der Parteigenossenschaft geführte Debatte für und gegen das Gesetz praktisch wertlos geworden. Die besten Argumente hatten die der Regierung gegebenen Ermächtigungen nicht aus der Welt und verjagen auch die Reichstagsfraktion nicht in die Lage, ihren Beschluß irgendwie zu revidieren. Mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, die der Partei bevorstehen, wird deshalb die Frage, ob die Annahme des Gesetzes durch die Fraktion richtig oder falsch war, für die Partei eine Angelegenheit zweiten Ranges. Unre Arbeit gilt der Zukunft; aber wir würden nutzlos Zeit und Kraft vergeuden, wenn wir jetzt endlose Debatten darüber führen wollten, ob die Politik der Reichstagsfraktion berechtigt oder unberechtigt war und, statt in die Zukunft zu blicken, Kritik an unabänderlichen Beschlüssen aus der Vergangenheit üben wollten, während unsere Gegner ihre Vorbereitungen für kommende Dinge treffen.

Damit ist nicht etwa gesagt, daß die Parteigenossen, die bisher noch nicht zu Worte gekommen sind, ihre Meinung zurückhalten sollen. In den Organisationen werden vielmehr in den nächsten Tagen lebhaft Debatten über das angenommene Gesetz ausgetragen werden. Das Für und Wider wird in den Mitgliederversammlungen ergiebig erörtert werden. Nachdem dies geschehen, haben sich die Reihen wieder zu schließen und wir haben gemeinsam und geschlossen an die Arbeit für die nächste Zukunft zu gehen.

Solange eine Frage offen ist, haben die Parteigenossen und die Parteipresse ihre Meinung zu sagen, um die Entscheidung in ihrem Sinne nach demokratischem Rechte zu beeinflussen. Von diesem Rechte haben wir Gebrauch gemacht und unsere schweren Bedenken gegen das Ermächtigungsgesetz offen und rückhaltlos geäußert. Die Mehrheit der Fraktion hat anders entschieden, wir sind mit untrer Ansicht in der Minderheit geblieben. Nun haben wir uns zu fügen und als Sozialdemokraten Disziplin zu üben, um die Aktion für die Zukunft nicht zu gefährden. Freiheit der Meinung in offenen Fragen, Geslossenheit des Handelns nach erfolgter Beantwortung.

So haben wir's in der Vergangenheit gehalten, so soll es heute und so soll es in der Zukunft geschehen. Diese Zukunft wird entscheiden, wer in der strittigen Frage des Ermächtigungsgesetzes im Rechte gewesen und die Wirkungen seiner Annahme prophetisch abgeschätzt hat. —

### Der Sitzungsbericht.

Der Antrag des Abg. v. Graefe (di-völk.), die Aufhebung seiner Immunität nach in der Sonnabend-Sitzung zu erledigen, scheiterte am Widerpruch der Kommunisten. Mit der zweiten Beratung einer Vorlage zur Änderung des Reichswahlgesetzes ist ein deutschnationaler Antrag auf Einführung der Wahlpflicht verbunden und eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Volksentscheid, wonach ein Volksbegehren, das von den Antragstellern selbst nicht weiter verfolgt wird, vom Reichsminister des Innern eingestellt werden kann. Eingeführt wird ein amtlicher Stimmzettel, der alle zugelassenen Wahlberechtigten enthält, mit den Namen der ersten vier Bewerber. Der Wähler gibt durch Ankreuzung an, welchen Wahlvorzug er wählen will. Auch eine

Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten ist vorgeschlagen und dringend empfohlen, die Zahl der Mitglieder der Landesparlamente zu vermindern. Die Wahlkreise werden abgehehen von Groß-Berlin, das nach wie vor die drei Wahlkreise Berlin, Potsdam 1 und 2 bilden wird, so verkleinert, daß auf jeden ungefähr 1,5 Millionen Einwohner entfallen.

Abg. Schulz (Bromberg, dt.-natl.): Eine Verminderung der Abgeordnetenzahl ist unbedingt notwendig. Die neuen amtlichen Wahlzettel mit den zahllosen Namen werden nur Konfusion stiften. Stellen Sie keine zu großen Anforderungen an die Intelligenz der Wähler. (Geisterreich). Wir fordern Einführung der Wahlpflicht.

Abg. Dittmann (Soz.): Im Ausschuss hat sich der Abgeordnete Schulz gegen jede Verminderung der Zahl der Abgeordneten ausgesprochen. Die amtlichen Stimmzettel haben sich in Amerika durchaus bewährt, obwohl es dort zwei Analphabeten gibt als in Deutschland. Den deutschnationalen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht lehnen wir ab.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Brodau (Dem.) und Gidhorn (Komm.) wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Wahlpflicht wird zurückgestellt und zunächst die namentliche

Schlussabstimmung über das Ermächtigungsgesetz vorgenommen. Eine Aussprache findet nicht mehr statt. Das Haus ist sehr stark besetzt, nur bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschnationalen zeigten sich einzelne Lücken. Die anwesenden Deutschnationalen beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Abgegeben werden insgesamt 332 Stimmen, so daß, wie der Präsident unter Heiterkeit feststellt, nicht nur zwei Drittel der Abgeordneten anwesend, sondern sich auch zwei Drittel an der Abstimmung beteiligt haben. Das Gesetz selbst wird mit 313 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, womit auch die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz erreicht ist. Gegen das Gesetz stimmten die Deutschnationalen, der Bayerische Bauernbund, Ledebour und die Kommunisten.

Der von den Deutschnationalen gestellte Antrag auf Einführung der Wahlpflicht wird zunächst in seinem grundlegenden Teil in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 200 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen; die ebenfalls namentliche Schlussabstimmung über die ganze Vorlage ergibt jedoch die Ablehnung mit 217 gegen 179 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

Mehrere Anträge auf Verringerung der Personalabgabenverordnung gehen nach kurzer Debatte an den Rechts- bzw. Ueberwachungs-Ausschuß. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilisationsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird angenommen.

Damit ist um 5½ Uhr die Tagesordnung erledigt. Vizepräsident Dr. Bell erbitet für den Präsidenten die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Gegen den Protest der Deutschnationalen und Kommunisten wird sie beschloffen. Daraufhin schließt der Vizepräsident die Sitzung mit guten Wünschen für die Festtage. Von den Tribünen rufen zahlreiche anwesende Eisenbahnbeamte den Abgeordneten „Arbeitervertreter!“, „Handlanger der Reaktion!“, „Schieber!“ usw. zu. —

### Hergt will uns spalten!

In Steglitz sprach Freitag abend in einer Versammlung der Deutschnationale Hergt. Nach dem Bericht einer bürgerlichen Korrespondenz verteidigte er dort die Lattik seiner Partei in der Frage des Ermächtigungsgesetzes u. a. mit folgenden Worten:

Wir haben in die Sozialdemokratie den Spaltungsteil hineingetrieben. Es kriecht bei der Regierung die mit uns partieren oder das Volk befragen muß, es kriecht auch bei den Sozialdemokraten.

Danach war der Zweck der deutschnationalen Lattik, durch die eigne Stimmenthaltung die Sozialdemokratie zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu zwingen und dadurch Streitigkeiten in unserer Partei herbeizurufen. Es geht nichts über Pfiffigkeit — aber es war nicht pfiffig von Herrn Hergt, sich dieser Pfiffigkeit öffentlich zu rühmen. Dem Leim, der aufgestrichen wird, damit ein anderer auf ihn kriecht, wirkt nur, wenn er nicht bemerkt wird.

Wenn die Deutschnationalen es darauf anlegen, daß wir uns wegen des Ermächtigungsgesetzes tüchtig an die Köpfe kriegen sollen, so wäre es nicht sehr klug, es wirklich zu tun.

### Der Gutachter-Ausschuß.

Der in dem Ermächtigungsgesetz zur vertraulichen gutachtlichen Aeußerung vorgesehene Fünzigerausschuß des Reichstags trat am Sonnabend nach Beendigung der Plenarsitzung zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Abg. Scholz von der Volkspartei wurde zum 1. Vorsitzenden und der deutschnationale Abg. Hergt zum 2. Vorsitzenden gewählt. Genosse Hergt antwortet als Schriftführer.

Außer ihm gehören von der Sozialdemokratie die Genossen Hermann Müller (Franken), Wenden,



aufbringen, sich Sinnahmen zu verschaffen. Willen und Kraft gibt dem Staate das Volk selbst; wer von den Beamten bisher eine der bürgerlichen Parteien — zumal die sogenannten „nationalen“ — unterstützt hat, der hat sich mitschuldig gemacht an dem, was seither geschehen ist und noch geschehen wird, bis ein neues Parlament gewählt werden kann. —

### Zahlen müssen die andern.

Die Hohenzollern haben zwar den Krieg erklärt, sie führten den Oberbefehl über das Heer, sie haben auch den Krieg verloren, aber angänglich wird in Deutschland darauf geachtet, daß nicht ihr Vermögen zur Deckung der Kriegskosten herangezogen wird.

Im Gegenteil. Dem ehemaligen Kronprinzen ist jetzt das Thronlehen in Oels vom Landgericht Breslau zugesprochen worden. Das Gericht entschied, daß dieses Thronlehen so lange dem preussischen Staat nicht anheimfalle, als eheliche Nachkommen der Hohenzollern im Mannesstamm vorhanden seien. Die Forderung des Staates auf Feststellung des Staatseigentums und Umschreibung des Besitzes im Grundbuch auf den Staat wurde vom Gericht abgewiesen. Die bedeutenden Kosten des Rechtsstreits wurden dem preussischen Staat auferlegt.

Bei der Einstellung der deutschen Richterschaft war ein anderer Entscheid kaum zu erwarten. Das mußten auch die bürgerlichen Parteien wissen. Sie mußten es auch, darum wehrten sie sich gegen eine gezielte Verfügung über das Vermögen der Hohenzollern. Die einen, weil sie wissen, wieviel Vorteile für ihre politischen Zwecke großer Reichtum der Thronprätendenten bringt, die andern, weil sie zu feige waren, weil sie Angst vor der deutschnationalen Demagogie haben, die eine Enteignung der Hohenzollern und der andern Fürstenthümer, wie sie allein dem Kriegsausgang und den daraus entspringenden staatsrechtlichen Veränderungen entsprachen hätte, zur Einwirkung auf die Tränendrüsen aller Weiber weidlich ausgebeutet hätten.

Weniger zimperlich verfahren die bürgerlichen Parteien mit dem deutschen Volke. Das muß den Feld des verlorenen Krieges bis zur Reize leeren. Das Beispiel der Bekantengeldes ist lehrreich und symptomatisch. Die Hälfte der Friedensbezüge sind zugewilligt, und auch die nur nominal, denn in Wirklichkeit ist die Kaufkraft der Goldmark ganz erheblich gesunken. Die Rentner, die kleinen Später, die Kriegsaarbeitsnehmer sind restlos enteignet, den Arbeitern, Angestellten, Beamten, den freien Berufen wird mehr als die Hälfte ihres Einkommens genommen. Angehörigen bleiben die Sachwertbesitzer, die ihr Gut nur dem Blute der Frontsoldaten verdanken, ungehörten bleiben die Frauen, die das Volk in den Krieg geführt haben. So wollen es die bürgerlichen Parteien, in diesem Sinne wird in Deutschland Recht gesprochen. —

### Zwecklose Parteiverbote.

Für jeden Menschen, der kein Mitglied in der Politik ist, war es von vornherein klar, daß das Verbot unbequemer politischer Parteien und ihrer Presse den beabsichtigten Zweck, Ruhe und Ordnung im Reiche zu schaffen, niemals erreichen kann. Über das Gegenteil. Wie kann man Ideen, und seien es noch so verworren, mit dem Säbel unterdrücken wollen? Illegal leben unterdrückte Parteien weiter und können dadurch bedeutend gefährlicher werden. Darum fordern wir die sofortige Aufhebung solcher zweckloser Verbote und dafür eine Reichspolitik, welche die Quellen zu verstopfen versucht, die den verbotenen Parteien immer wieder neue Lebensäfte zuführen. Diese liegen in der wirtschaftlichen Not, die Verzweiflung und Verärgerung gebiert, und Unzufriedenheit mit einer Ordnung, die so etwas nicht ändern kann oder will.

Ausführungen der letzten Zeit bestätigen diese Auffassung und sollten endlich auch die bürgerlichen Parteien für die Aufhebung der Partei- und Presseverbote gereizt machen, schließlich sogar Generale überzeugen.

Die verbotenen Parteien leben und wirken in ihrem Sinne weiter. So kam es in den letzten Tagen in Württemberg in Gfilingen, Badnang und Heutingen zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei. Sie sollen von der Kommunistischen Partei inszeniert worden sein, mit ein dargefundener Geheimbefehl dieser Partei beweisen soll. In Gfilingen gab es dabei einen Toten.

Die Verbotenen rühren sich um so kräftiger, je schärfer sie unterdrückt werden. Deshalb Aufhebung der Verbote, die das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken. —

### Entführungsbefehl aus Nationalismus.

Im Oberwaldstädtchen Mosbach fand der Versuch der gewalttätigen Entführung und Auslieferung des Deutschamerikaners Bergdoll sein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt waren der Amerikaner Griffith, im Kriege Offizier, nachdem Journalist, der ehemalige russische Fürst Gagarin und der Franzose Sperber, Angestellter eines französischen Spionagebureaus.

Die Vorgeschichte des Prozesses besteht darin, daß Bergdoll, der als Sohn eines amerikanischen Großbauers deutscher Abstammung in Philadelphia geboren ist, beim amerikanischen Heer als Fliegeroffizier Dienst tat und sich beim Eintritt in Mexiko in den Weltkrieg weigerte, dem Gestellungsbehehl Folge zu leisten, weil er nicht gegen Deutschland kämpfen wollte. Er wurde dann wegen Fahnenflucht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt und gelangte unter allerlei Schwierigkeiten über England nach Deutschland. Als sein Aufenthaltsort in Mexiko bekannt wurde, letzter die dortigen Behörden auf seine Ergreifung eine Belohnung von 50 000 Dollar aus.

Es kam zu einem ersten Heberfall auf Bergdoll in Oberbach im Jahre 1921, wobei sechs Personen unter Führung eines Deutschen ihn entführten und vor die amerikanischen Behörden bringen wollten. Der Versuch mißlang, und dem Landgericht Mosbach erhielten der amerikanische Detektiv und seine Helfer mehrmonatige Gefängnisstrafen.

Amerikanischerseits aber wurde die Angelegenheit weiter verfolgt und Bergdoll wurde im August dieses Jahres wiederum in Oberbach u. heberfallen und niedergeschlagen. Bergdoll erwachte sich aber seiner Angreifer mit Revolverkugeln und löste den amerikanischen Söldner Schmidt und verwundete den früheren französischen Unteroffizier Sperber schwer.

Als Anführer dieses zweiten Heberfalls wurde der amerikanische Oberleutnant Griffith festgestellt, der von dem russischen Fürsten Gagarin begleitet war und aus nationalen Motiven gehandelt haben will. Schmidt und Sperber wurden ihm vom französischen Spionagebureau Leont zur Verfügung gestellt.

Der Entführungsbefehl ging echt amerikanisch vor sich. Schmidt und Sperber führten nach einem von Griffith aufgestellten Reiseplan nach Deutschland. Der Heberfall und der Entführungsbefehl wurde von Griffith, Schmidt und Sperber eingehend in seinen Einzelheiten besprochen. Auch wurden Vorbereitungen für die kinematographischen Aufnahmen (1) getroffen. Sperber und Schmidt schloßen sich abends gegen 10 Uhr in das Zimmer Bergdolls, wo sich Schmidt an die Tür des Zimmers stellte, während Sperber hinter dem Schrank aufstellung nahm.

Sperber hatte einen Revolver, Totschläger, ein Handbuch zum Anheben und Chloroform bei sich, sowie Sandstiefeln zum Festhalten. Mit Revolver und Totschläger war auch Schmidt ausgerüstet. Schmidt sollte sich auf Bergdoll stürzen und ihn niederschlagen. Der Wargang spielte sich jähen ab. Schmidt warf sich auf Bergdoll, stürzte jedoch zu Boden. Dann trachten die Schiffe des Bergdoll, wodurch Schmidt getötet wurde. Auch Sperber wurde getroffen und bewußtlos. Als Bezahlung haben Schmidt und Sperber je 100 Frank täglich von Griffith erhalten.

Das Urteil des Gerichts lautete gegen Griffith auf ein Jahr neun Monate Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe. Sperber wurde zu 1 1/2 Jahren, Gagarin zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die verurteilt, werden die Angeklagten von ihrem Rechte der Revision keinen Gebrauch machen. —

**Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Montag**

### Notizen.

Die Kündigung der verheirateten Lehrerinnen. In amtlichen Preussischen Verordnungen wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Personalabgabenverordnung des Reiches gibt in Art. 14 die Möglichkeit, verheirateten Beamtinnen und Lehrerinnen, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert ist, zu kündigen. In der Öffentlichkeit ist erörtert worden, ob hiernach den im öffentlichen Schuldienst stehenden Beamtinnen bereits jetzt gekündigt werden darf. Die Vorschriften für die Länder und Gemeinden nicht eher in praktische Wirkungen, als die entsprechenden landesrechtlichen Abgabensummen gesichert sind. Da eine solche Verordnung für Preußen noch nicht erlassen ist, sind die Schulamtspräsidenten rechtlich zurzeit nicht in der Lage, Kündigungen dieser Art zu genehmigen. —

Beamtenkonflikt auch in Oesterreich. Die Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und den Bundesangehörigen sind ergebnislos verlaufen. Die Regierung erklärte, über die Angelegenheiten nicht hinausgehen zu können und lieber ihre Demission, oder zu wollen als die Sanierungsaktion durch eine zu große Belastung des Budgets zu gefährden. Die Vertreter der Post, Telegraphen- und Zollangehörigen lehnten die Vorschläge der Regierung ab. Die Vertrauensmänner der Postangehörigen haben ihre Verhandlungskommission ermächtigt, für den Streit einzutreten, wenn er sich als notwendig erweist. Falls der Streit beibehalten werden sollte, würde er Montag früh 6 Uhr beginnen. In diesem Falle ist die Regierung bereit, dem Bundespräsidenten sofort die Demission der Regierung zu überreichen. —

Generalsherrschaft in Sachsen. Die unpolitische Reichswehr steht in Sachsen ihre politische Tätigkeit fort. General Müller hat als Träger der obersten Kommandogewalt die Oberregierungsräte, Sauer und Käppler, die beide der Sozialdemokratie angehören, bis auf weiteres vom Dienst entbunden. Wader war neuerseits Leiter der Pressestelle des Polizeipräsidenten. Das Wehrkreiskommando erledigt in der Presse, daß der vollparteiliche Oberregierungsrat Buzler nicht zum Polizeipräsidenten ernannt, sondern nur mit der Warnung der Gültigkeit eines Polizeipräsidenten betraut worden ist. —

Keine Weiterverleihung von Eisernen Kreuzen. Die Beamtenabgaben zu dem Reich und Länder durch die überaus empfindlichen Finanzlagen sind, macht es erforderlich, die Staatsbehörden von allen nicht unbedingt staatsnotwendigen Arbeiten zu entlasten. Das Preussische Staatsministerium hat daher beschlossen, die Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes und die Weiterbearbeitung aller bereits vorliegenden Eingaben und Anfragen endgültig einzustellen. —

Die Entschädigung für Schüssen und Geschwornen. Aus einer allgemeinen Verfügung des Justizministers teilt der „Amal“ Preussische Pressebericht mit, daß Schüssen und Geschwornen eine Scheinigung ihres Arbeitgebers über Verdienstaussfall mitzubringen haben, falls eine Entschädigung für den entgangenen Verdienst beantragt wird. —

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte. Der Reichsausschuß des Reichstags fehle bei der Frage der Entlastung der Gerichte die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf 500 Goldmark die Revisionssumme auf 1800 Goldmark fest. —

Merksatztwechsel. An die Stelle des durch Mandatsverzicht aus dem Reichstag ausgeschiedenen sozialdemokratischen Abgeordneten Seemann tritt der Gewerkschaftsbeamte Hermann Cg, 13 (Nürnberg) in den Reichstag ein. —

Lumpenpack. Der Kaiserliche Polizeibericht bringt folgende Mitteilung: Bei einer Anzahl von Personen, die als Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bekannt waren, sind in der letzten Hausdurchsuchung vorgefunden worden. Das hierzu vorgefundene Material führte zur Verhaftung von drei Personen. Eine derselben wurde auch wegen unerlaubten Handels mit Devisen verurteilt. Der festgenommene, der wegen der Devisenverhandlungen ein Geständnis abgelegt hat, soll mit den Fälscher Soubard in Verbindung stehen. Bei einem anderen wurden unrichtige Schüssen beschlagnahmt. —

Das Leibblatt Ludendorffs verboten. Der „Miesbacher Anzeiger“ ist wegen der Artikel „Um die Staatsführung“ und „In die Wintermacher“ auf 3 Tage verboten worden. —

Der große Kriegsverlängerer. Wegen dieser Bezeichnung, welche die „Münchener Post“ in einer Polemik dem Putschgeneral Ludendorff beilegte, fühlte sich dieser beleidigt und klagte. In erster Instanz erfolgte Freisprechung. Ludendorff legte Berufung ein. Das Landgericht München sprach jetzt den Redakteur wiederum frei, weil in der Bezeichnung „großer Kriegsverlängerer“ nur ein Werturteil liege. —

Immunitätsaufhebung. Der Reichstagsabgeordnete-Maschke des Reichstags erlegte am Sonntag auf Antrag des Oberreichsanwalts die Strafbefreiung der kommunistischen Abgeordneten Frölich, Koenen, Kemmel, Stoeder und Frau Clara Zeitlin sowie des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann (Kaiserslautern) wegen Hochverrats. Die Immunität der genannten Abgeordneten wurde aufgehoben. —

Amerikanische Lebensmittelanleihe. Von Paris aus wird die Meldung verbreitet, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, an die Reparationskommission eine Note zu senden, um die Gewährung der Priorität für eine amerikanische Lebensmittelanleihe zu beantragen. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, trifft diese Meldung zu. Die Ablehnung einer Note ist nicht beabsichtigt, doch wird der Staatssekretär Fischer mündlich bei der Reparationskommission einen entsprechenden Antrag stellen. Zutreffend ist auch, daß die Anleihe in Höhe von 70 Millionen Dollar angelegt werden soll. —

Englischer Prozeß gegen die Ingenieurkommission. Die Frage von Entschädigung in Preußen ist mit Beginn der Diskussion an eine englische Gesellschaft verkauft worden, in deren Ausschussrat prominente Persönlichkeiten sitzen. Trotz des Verkaufs hat die Ingenieurkommission auch auf der Frage von Entschädigung beharrt an Kohlen, Holz usw. beizulagern. Die englische Gesellschaft hat aus diesem Grunde gegen die Ingenieurkommission vor einiger Zeit einen Schadenersatzprozeß in Höhe von rund 85 000 englischen Pfund eingeleitet. In der Verhandlung wird auch die Legalität des französischen Einmarsches zur Erörterung gelangen. —

Barres gestorben. Aus Paris wird der Tod Maurice Barres gemeldet, der als Anhänger des monarchistischen Generals Boulanger, als als republikanischer Abgeordneter in den achtziger Jahren seine politische Laufbahn begann. Als Romanistischer (Garten der Bretagne. Der Feind der Geistes, Roman der nationalen Energie) erreichte er einen bedeutenden literarischen Rang, besonders durch den fälschlichen Impressionismus seines Stils. Auf Grund seiner schriftstellerischen Tätigkeit wurde Barres im Jahre 1906 auch Mitglied der französischen Akademie. Den Panamafandalen wagte er auf die Bühne zu bringen. Im Weltkrieg machte sich der gewaltvolle Reaktionsbarres nicht und berüchtigt durch seine scharfen Sentenzen im „Echo de Paris“. Nun ist der Führer der französischen „Patriotenliga“ im 62. Lebensjahr gestorben. —

### Begebenheiten.

Konflikt mit den Beamten. Wien, 10. Dezember. Nach dem gestrigen Streikbeschluss beruchte die Regierung heute in Verhandlungen mit den Vertretern der Bundesangehörigen zu einer Einigung in der Besoldungsfrage zu gelangen. Die den ganzen Tag andauernden Besprechungen führten zu keinem Ergebnis. —

Ein Eisenbahnunglück. Wien, 10. Dezember. Neuter meldet aus Neuperf: Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Saffal wurden neun Personen getötet und fünf schwer verletzt. —

Rampf mit Monarchisten. Wien, 10. Dezember. Gestern nachmittag kam es zwischen Republikanern, die von einer Versammlung zurückzuführen, und Republikanern zu einem Zusammenstoß, bei dem gegen die Republikaner Revolverkugeln abgefeuert wurden. Zwei Personen wurden getötet und 20 verwundet. Truppen griffen ein und gerieten die Menge. —

**Amtliche Bekanntmachungen**  
Verhältniszahl für Steuerzettel für 9. bis 15. Dezember einschickend = 85. — Abrechnung der Steuerbeiträge in allen Fällen auf volle 10 Milliarden Mark nach unten. Finanzamt

**Stendaler Stadtförst.**  
Holzverfrachtung  
am Mittwoch den 12. Dezember 1923 über ungelöst  
20 Stck Nieren-Abzichte mit 100 km.  
50 km Nieren-Roben und -Knieb.  
45 km Nieren-Stangenreifer 1 Kl. (Bohnen-Rongen, Schkete).  
Preisliste 9 Ab vom Stadtförst. alter Schießstand. Verkauf nur an Selbstverbraucher in St. Noß.  
Der Magistrat. Die Forstdeputation.

**Holzverkauf.**  
An dem Wiesenweg Sangermünde-Buch von der Sangermünde bis „Düfel Doms Hüfte“ sollen 180 Eichen und 25 Eichen  
auf dem Stamm öffentlich meistbietend verkauft werden. Termin hierzu ist auf  
Sonntag den 15. Dezember d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, an Ort und Stelle  
abzurufen.  
Versammlungsort: Sangerbrücke. Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben.  
Sangermünde, den 7. Dezember 1923.  
Der Magistrat.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltung Magdeburg.  
Mittwoch den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im „Krisikabalest“, Leipziger Straße  
ordentl. Generalversammlung  
der Mitglieder aller zur Verwaltungsfähigkeit Magdeburg gehörend. Bezirke u. Branchen.  
Sageordnung: 1. Geschäftsberichte.  
2. Wahl der Ortsverwaltung, der Bezirksleitungen und der Kartelldelegierten. 3. Anträge.  
Zur Generalversammlung haben nur Mitglieder des Verbandes Zutritt. Sie müssen sich am Eingang des Saales durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren, das sie in Ordnung befinden muß. Sonst kein Zutritt.  
Die Verwaltung.

**Friedenspreise!**  
Großer Sonderverkauf zum Feste  
**Herren-Hüte**  
4.50 5.50 6.50  
Für die Tragfähigkeit eines jeden Hutes garantiere ich.  
Geöffnet von 9 bis 7 Uhr.  
**Hutmacher Günzrodt**  
Olvenstedter Straße 64.

Für Sänger, Redner, Raucher, Sportleute  
**Waldbrand TABLETTEN**  
Bei Husten, Heiserkeit, Katarrh schleimhäufig, erfrischend und durstlöschend.  
**Diamant-Rohware Edelmetalle Brillanten**  
kauft, um die Ware zu verwenden 1923  
**F. Streubel, Juwelensachverständiger**  
Schuhhölzle 29 3 Treppen  
Ecksteinweg 29, Schiffsbrücke, elektr. Betrieb

**Punsche**  
eigener Herstellung sowie  
**16. deutschen Weinbrand Weinbrand-Verschmitt**  
Rum- u. Arrak-Verschmitt  
div. Liköre  
erfittelter Gitemen. A 21  
**Hermann Riegamer**  
Breiteweg 128  
(gegenüber der Katholikenkirche)  
Kontor u. Lager: Neustädter Str. 45.

**Billige Bücher**  
finden Sie in unserm  
**Modernen Antiquariat.**  
Buchhandlung Volksstimme  
Magdeburg, Große Wühlstraße 3



# Die neuen Beamtengehalte.

Ueber die Lohn- und Gehaltspolitik der Reichsregierung und den Personalabbau spricht er  
Donnerstag den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in Friedrichs Festfälen

## Reichstagsabgeordneter Ferdinand Bender.

Eintritt 200 Milliarden, um die Unkosten einigermaßen zu decken.

Bereinigte sozialdemokratische Partei.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Dezember 1923.

#### Die Partei hat gesprochen.

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Ermächtigungsgesetz ist vielen Parteigenossen unbegreifbar gewesen. Man wollte die Gründe dafür aus dem Mund eines Reichstagsabgeordneten hören, welcher der Mehrheit der Fraktion angehört. Der Vorstand gab Gelegenheit dazu in einer Mitglieder-Versammlung, die am Montag abends in Friedrichs Konzerthaus lag. Die Debatten waren von einem äußerst kameradschaftlichen Tone getragen und klangen in dem Gelübde aus, nun nach gesellener Entscheidung keine Mißgunstigung aufkommen zu lassen, sondern alle Kraft daraufzusetzen, daß der Beschluß der Fraktion auch zum Segen der Partei und des Volkes ausfällt. Der Wille der Mehrheit muß in der Partei oberstes Gesetz bleiben.

Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Genosse Bender übernommen. Um die gegenteilige Meinung in aller Gründlichkeit klarlegen zu können, war dem Genossen Chefredakteur Bader das Referat übertragen worden.

#### Genosse Bender

führte im zweistündigen Referat ungefähr folgende Gründe für die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit an:

Trotz der verzweifeltsten Lage des deutschen Volkes darf sich die Partei nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern muß unbeirrt eine Politik treiben, die die Notwendigkeit gebietet. Die Politik der Partei in den letzten Jahren konnte nicht geradlinig sein, weil sie sich den Verhältnissen anpassen mußte, die ebenfalls nicht geradlinig waren. Wenn wir mit der Zeit Schritt für Schritt von verschiedenen Errungenschaften der Revolution zurückgedrängt sind, so lag das nicht an der Politik der Partei, sondern an den politischen Verhältnissen. Das Volk vergißt zu leicht, wer es ins Elend geführt hat, und läuft zum großen Teil schon wieder den Monarchisten nach. Darum soll man von der Reichstagsfraktion nicht mehr verlangen, als sie zu vollbringen vermag. Denn der Einfluß der Fraktion im Reichstag reicht nur so weit, wie ihr Einfluß im Volke reicht. Dort aber hat sich seit der Revolution die Stimmung wieder beträchtlich zugunsten der Vererber Deutschlands gewandelt.

Genosse Bender schilderte dann die Schwierigkeiten, nach dem Sturz Stresemanns wieder eine Regierung zustande zu bringen. Der Zentrumsmann Marx machte schließlich die Übernahme der Regierung von der Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes abhängig. Er verlangte vom Reichstag die Ermächtigung, auf dem Verordnungsweg Maßnahmen gegen den weiteren wirtschaftlichen Verfall Deutschlands und zur Eindämmung der furchtbaren Not seiner Bevölkerung treffen zu können.

Die Fraktion hat schwer mit sich gerungen, ehe sie diesem Gesetz ihre Zustimmung gab. Wer es blieb ihr weiter nichts übrig. Sie mußte herbitten, daß Schlimmeres eintrat, daß die Regierung Marx mit dem Artikel 48 der Verfassung und ohne jede parlamentarische Kontrolle die beschleunigten Verordnungen durchführte. So brach die Fraktion diesem Gesetz die Stirn ab und sorgte durch Schaffung des Fünfzehner-Ausschusses für diese Kontrolle. Dieser Ausschuss muß vor dem Erlaß von Verordnungen gehört werden, und schon der erste Fall, der geplante Personalabbau, wird erweisen, ob dieser Ausschuss „nur gehört“ wird.

Als weitere Gründe der Fraktion für die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz führte der Genosse Bender die kritische Lage in besetzten Gebieten an, für das ein Reichstagswahlkampf katastrophal geworden wäre. Dann die schwachen Ansätze der wirtschaftlichen Besserung, die nicht zerfallen werden dürfen. Außerdem besteht die Hoffnung, daß sich die Verhältnisse bis zum nächsten Frühjahr und dann im Wahlkampf nicht mehr verpeitschen lassen politischen Hochflaplern nachlaufen. Die Regierung hat die Fraktion mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz keinerlei Verantwortung abgenommen. Die Regierung hat ihre Handlungen selbst zu verantworten, bei der Reichstagswahl, vor dem Volke.

#### Genosse Bader:

Zu einem Wahlerfolg gehört eine konsequente Politik der Partei, die schon am Tage nach der vorhergehenden Wahl beginnen muß. Diese hat die Partei seit 1 1/2 Jahren vermissen lassen. Sie verpaßte die günstigste Gelegenheit zu einer günstigeren Umänderung dieses Reichstages nach dem Rathenau-Mord. Die Unterstützung gegen die Norddecker mußte in politische Macht umgemünzt werden. Aus dieser Unterlassungslünde resultiert es, daß wir aus dem politischen Rebell nicht herauskommen. Ein Fehler war ferner das Experiment mit der großen Koalition. Die Politik gegen Sachsen, gegen eine verfassungsmäßige Regierung, war ein Schlag gegen die Demokratie, besonders gegen die Sozialdemokratie. Schläge der Reaktion können wir aber nicht parieren, wenn wir Schritt für Schritt zurückweichen.

Die Fraktion ist bei diesem Ermächtigungsgesetz, das eigentlich das große genannt werden müßte, weiter zurückgewichen, als beim ersten. Wir durften auch vor der Reichstagsauflösung nicht zurückweichen. Sie hätte mit dem eventuellen Mandatserwerb den darbenenden Massen feilsche Erleichterung gebracht und geänderte politische Verhältnisse. Die Kommunisten hätten mit einem Mandatserwerb auch politische Verantwortung bekommen und wären reif geworden für eine Politik auf dem Boden der Demokratie, für reale Politik zum Segen der untersten Volksschichten; reif für die Einigungen zuzuführen, welche von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden.

Aber die Fraktion hat beschloffen, Recht hat sich jeder in Reich und Glied zu stellen. Wer recht hatte, das wird die Zukunft lehren. Vor dem Spruch der Fraktion hatten wir Meinungsfreiheit und haben davor Gebrauch gemacht. Jetzt aber hat sich jeder dem Willen der Mehrheit unterzuordnen. Das gilt besonders für die Opposition. Eine neue Spaltung der Partei wäre das größte Verhängnis für die Partei und für das ganze deutsche Volk. Denn gerade jetzt brauchen wir ein geschlossenes Handeln notwendiger denn je.

### Diskussion.

Bader: Ja war damit einverstanden, daß wir uns an der Regierung Stresemann beteiligten und hin auch dafür eingetreten, daß wir dem ersten Ermächtigungsgesetz zustimmten. Die Auswirkung des ersten Ermächtigungsgesetzes hat mich aber zum Gegner des zweiten gemacht. Die Kontrolle durch die Fünfzehner-Kommission bedeutet keine genügende Sicherung gegen arbeiterfeindliche Verordnungen. Es wäre besser, wir wären in der Kommission gar nicht vertreten, denn wir werden mit sechs Vertretern unter fünfzehn nichts verhindern können, bekommen aber sicher alle Verantwortung zugeschoben. Redner meinte weiter, wenn die Regierung auf Grund des Artikels 48 regieren wolle, dann könne doch Herr allein diesen Artikel außer Kraft setzen.

Krüger: Eine Schwächung der Sozialdemokratie, die bei einer Reichstagswahl in dieser Zeit wirtschaftlicher Zerrüttung eintreten würde, bedeutet ein Unglück für das gesamte deutsche Volk. Wir müssen uns unserer Verantwortung bewußt sein vor dem Volke, das in uns die stärkste Stütze der Republik sieht. Die Notwendigkeit, der Regierung ein Ermächtigungsgesetz zu geben, resultiert aus der politischen Zerrüttung Deutschlands. Die Schwächung der Arbeiterbewegung begann mit der Spaltung in der Kriegszeit.

Dörner hält die Zustimmung der Fraktion zum Ermächtigungsgesetz für einen Fehler. Man wolle von zwei Uebeln das kleinere wählen. Häufig hat sich in der Auswirkung das Kleinere Uebel als das größte erwiesen. Auch eine Reichstagsauflösung dürfte nicht gescheit werden.

Behn: Auch unmittelbar nach dem Rathenau-Mord wäre eine Reichstagswahl ein unsicheres Experiment gewesen. Wert ist es zu danken, daß wir jetzt keine deutschnationale Regierung haben. Bader hat keinen Weg gezeigt, wie es anders gemacht werden soll. Eine Reichstagsauflösung besetzt nicht die politische Situation. Es muß auch bedacht werden, daß die arbeitenden Klassen in den besetzten Gebieten nicht mitwählen könnten und bei einer Reichstagsauflösung ganz den Großindustriellen ausgeliefert würden.

Höring: Ein Unglück ist es, daß ein sehr großer Teil unserer Parteigenossen nicht begriffen hat, daß wir eine staatspolitische Partei geworden sind. Die Zeit ist für uns vorbei, die uns gefaltete, nur Agitation zu treiben. Wir sind eine Partei der Hand- und Kopfarbeiter, im wirklichen Sinn eine Volkspartei, haben die Republik mitgeschaffen und müssen sie dem Volk erhalten. Diese Verpflichtung war nicht in der rechten Weise beachtet worden, als wir vor 1 1/2 Jahren den großen Fehler machten, aus der Regierung herauszugehen und damit wirkliche politische Macht aus der Hand zu geben. Wir leiden an der Schwächung, die uns die Spaltung gebracht hat, aber auch das schließliche Zusammenkommen hat keinen Nutzen gebracht. Auf beiden Seiten war noch keine Klärung eingetreten. Wir haben unsere Vertreter aus der ersten Regierung Stresemann zurückgezogen und haben die zweite Regierung Stresemann mit den Deutschnationalen und Kommunisten gemeinsam gestützt. Wir haben unsere Entschlüsse motiviert, die Deutschnationalen wollten selbst zur Macht kommen, deshalb kürzten sie die Regierung Stresemann, die Kommunisten hatten sich wieder einmal gar nichts dabei gedacht. Eine deutschnationale Regierung wurde verhindert, die Regierung Marx wurde gebildet. Dies Kabinett mußte Machtmittel in die Hände bekommen, wenn es etwas erreichen wollte. Es entstand nun die Frage, ob das Kabinett nach einer Reichstagsauflösung auf Grund des Artikels 48 unbegrenzte Macht bekam oder durch ein Ermächtigungsgesetz kontrollierte Machtbeschränkung. Der Reichspräsident kann den Artikel 48 nicht, wie Vor in Verkennung der Tatsachen annimmt, außer Kraft setzen, dazu braucht er die Gegenzeichnung des Kanzlers. Er kann auch den Belagerungszustand nicht aufheben — Oberst persönlich will die Aufhebung — solange das Kabinett in seiner Mehrheit dagegen ist.

Die deutschnationalen Blätter speien Gift und Galle darüber, daß das Ermächtigungsgesetz mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommen wurde. Warum? Weil sie gegen ein Ermächtigungsgesetz sind? Nein, denn im Reichstag haben sie sich einigt für die Zustimmung erklärt. Sie wollten das Gesetz selbst mitbestimmen im Reichstag, und zwar in einer Form, die ihnen gelegen war und ohne die demokratischen Sicherungen, die noch heißem Ringen von sozialdemokratischer Seite durchgesetzt wurden. Die Deutschnationalen glaubten außerdem, durch ihre Zustimmung näher an die Regierung heranzukommen. Ihre Pläne sind durchkreuzt worden.

Worin besteht die Sicherung? Es ist eine Fünfzehner-Kommission eingesetzt worden, die „gehört“ werden muß, wenn die Regierung irgendwelche Anordnungen trifft. Wenn die Kommission Einspruch erhebt und eine Verhandlung nicht erzielt wird, wird der Reichstag angerufen, der in zweimaliger Abstimmung mit einer Zwischenzeit von 3 Tagen eine Regierungsverordnung zu fassen bringen kann. Eine weit bedeutungsvollere Sicherung liegt aber darin, daß der Reichstag, der eine unbefristete demokratische Mehrheit hat, durch eine Abstimmung jede Regierungsverordnung aufheben kann. Wer könnte es angesichts dieser Sicherungen politisch verantworten, eine Reichstagsauflösung, damit die Herrschaft des Artikels 48 herbeizuführen? Eine Reichstagswahl darf ich niemals herbeiführen, wenn ich sicher bin, daß meine Partei eine Niederlage erleidet. Die Niederlage hätte nicht politische, sondern wirtschaftliche Gründe. In Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, entscheidet bei der Wahl nicht politische Erkenntnis, sondern Hunger und Verzweiflung, die die Massen pseudoradikalen Parolemachern — links und rechts — zutreibt.

#### Forderungen an die Parteileitung.

Wegen vorgerückter Zeit wurde die Diskussion geschlossen. Genosse Bender weist in seinem Schlusswort darauf hin, daß eine starke bürgerliche Mehrheit, die nach einer unangenehmen Verfassung nicht haltmachen würde.

Einmütig angenommen wurde folgende Resolution:

Die von der Reichsregierung veröffentlichten Beamtengehalte sind völlig unzureichend und entsprechen in keiner Weise den gegenwärtigen schmerzlichen wirtschaftlichen Zeitverhältnissen, unter denen auch die Beamtenschaft in weitestem Maße zu leiden hat.

Die Reichstags- und Landtagsfraktion sowie alle in maßgebenden und einflussreichen Stellungen befindlichen Parteigenossen werden ersucht, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß eine angemessene Besoldung baldmöglichst festgesetzt und gewährt wird.

Eine zweite Entschließung fordert Maßnahmen zur Linderung des Erwerbslosenlebens. Sie lautet:

Die Reichsregierung trifft Anordnungen, durch welche die an sich schon ungenügende Fürsorge für Erwerbslose und Kurzarbeiter weiterhin verschlechtert wird. Die Lage dieser ohne ihr Verschulden in bitterster Not geratenen Arbeiter und Angestellten wird dadurch unhaltbar. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind bei den heutigen Zuständen Aufruhr, Plünderungen und Diebstahl, die aus Hungernot entstehen. Die Reichsregierung hat nicht das Recht, große Teile der arbeitwilligen und fleißigen Bevölkerung durch brutale Beschränkung der bisherigen Unterstützungen einfach dem Hungertod oder doch der Verzweiflung preiszugeben. Sie hat die Pflicht, für die Erhaltung dieser wertvollen Kräfte, die für die Wiedergewinnung des kranken Wirtschaftskörpers unentbehrlich sind, Sorge zu tragen. Die Verammlung fordert deshalb die Parteileitung und die Abgeordneten der Partei auf, rücksichtslos den Kampf gegen den weiteren Abbau der Fürsorgeeinrichtungen durchzuführen. Sie verlangt energig die sofortige planmäßige und großzügige Inangriffnahme von öffentlichen Notstandsarbeiten. Sie fordert, daß endlich das Großgewerbe und die Industrie durch die Reichsregierung zur Verantwortung und zur Wiederinbetriebsetzung der Betriebe angehalten werden.

Genosse Wittmann weist auf die Beamtensammlung am Donnerstag hin, machte noch sonstige Mitteilungen und schloß die Versammlung mit der Mahnung, in schwerer Zeit nicht zu erschaffen im Wirken für die Partei.

### Die Hungerlöhne der Eisenbahner.

Eine am 9. Dezember in Magdeburg tagende Ortsgruppenleiter-Konferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Magdeburg, war mit 54 Ortsgruppen vertreten. Nach einem informatorischen Bericht des Bezirksleiters Ganebuch über „Die Lage im Bezirk und im Reich“ sowie zwei Vorträgen des Bezirksbetriebsrats-Vorsitzenden Meyer und des geschäftsführenden Mitglieds des Bezirksbeamtenrats Fahrenkamp nahm nach eingehender Aussprache die Konferenz folgendermaßen Stellung:

„Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands als Folge des Krieges 1914 bis 1918 und als Folge des „Ruhrkriegs“ hat alle Geister des herrschenden Kapitalismus aufgeweckt. Mit zweifelter Kraft haben sie die Offensive ergriffen, um die Liquidation der Lasten abzuwälzen auf die Schultern der Arbeitnehmer. Menschlichkeit weicht mit Brutalität, Gesetz und Verfassung werden mittels militärischer Gewalten zugunsten einer versinkenden Weltordnung aufgehoben. Staatsarbeiter und Staatsbeamte, deren gesätere Erziehung in allen Tonarten verkündet wurde, unterliegen dem gleichen Schicksal, wie ihn das übrige Proletariat und die versinkenden Mittelschichten aushalten müssen.

Der Lohn der Arbeiter wird selbst von einzelnen Reichsministern als Hungerlohn bezeichnet. Durch überhöhte Stajfungen in den Lohngruppen und übertriebene Meinungsstärkererei in der Einleitung der Lohngebiete soll Unruhe und Verwirrung angerichtet werden. Das Gehalt der Beamten, das selbst von der Regierung als außerordentlich niedrig bezeichnet ist und nur eine sehr knappe Lebensmöglichkeit bietet, ist sowohl in seiner zahlenmäßigen Höhe als durch die borgekommenen Erweiterungen der Spannungen für die unteren Besoldungsgruppen vollständig unbefriedigend. Das Berufsbeamtenum, wird rücksichtslos durch die Personalabbau-Verordnungen seinem Schicksal überantwortet. Gegen die Grundrechte der Beamten und Arbeiter werden alle verfügbaren Kräfte der Verwaltungsbureaufkratte mobilisiert.

Statt durchdachte und wohlorganisierte Arbeitserzeugung vorzunehmen, ist der Gedankenmechanismus der Geheimräte nur zu rigiden Arbeiterentlassungen fähig. Die Verlängerung des täglichen Arbeitstags ist eins der nächsten Ziele aller reaktionären Kräfte. Der Kampf um die Arbeitszeit ist ein Kampf um die vorübergehende Profitwirtschaft oder um notwendige Menschenwirtschaft.

Reiges Duden oder Empörung der Leidenschäften ist die zwangsläufige Entwicklung bei allen nur an eigene Not denkenden Menschen. Um das eine sowohl als das andere zu verhindern, haben sich Arbeiter, Angestellte, Beamte in Organisationen, in Gewerkschaften vereinigt. Die Koalitionen, die Verbände wurden gebildet, um die Schmutzkonkurrenz unter den Arbeitern aufzuheben, sie haben durch ihre Entwicklung bewiesen, daß sie durch tarifvertragliche Vereinbarungen ein großes Maß sozialer Mindestbedingungen schaffen konnten. Die Aufgaben sind größere geworden, die Kräfte müssen gejeigert werden. Das Zurückweichen einzelner erfordert die Geschlossenheit der anderen.

Eine Gesellschaftsordnung, die die Mehrheit ihrer Bürger dem Elend, der Not, der Sorge aussetzt, jeigert den Gegendrad.

So wie die Sehne eines Bogens durch das Anziehen ihre immanenten Kräfte erhält, genau so wird sich die Solidarität, die Organisation, der gemeinamte Wille zu neuer Kraft entwickeln für eine bessere Ordnung der Dinge, für einen Kampf der Freiheit und des Friedens.“

### Neuer Wucher.

Am Montag hat der in der vorigen Woche begonnene Preisabbau einen unerfreulichen Stillstand erfahren. Nur wenige Artikel, die bis jetzt ihren Höchstpreis behaupten, geben unweissenhaft nach, während die meisten Waren im Preis anziehen. Wirtschaft und Handel scheinen entschlossen zu sein, mit aller Gewalt die unbedingten und durchaus übertriebene Profitrate behaupten zu wollen. Sie haben der Regierung somit bewiesen, daß mit platonischen Ermahnungen und Verwarungen nichts erreicht werden kann. Die unerhörten Spannen zwischen Friedens- und den gegenwärtigen Preisen offenbaren einen heillosen Wucher, über den jede weitere Erörterung zwischen Regierung und der privaten Wirtschaft wie sie in der letzten Woche mit durchaus negativen Resultaten stattgefunden haben, überflüssig sind.

Die Regierung hat jetzt allen Grund, die Frage der Nicht- bzw. Angemessenheitspreise zu diskutieren und ohne Verzögerung durchzuführen. Nur unter Anwendung scharfster Mittel kann sie eine Entwidlung verhindern, die unheilvolle Auswirkungen haben muß.

Wenn die Regierung die Hände in den Schoß legt, trifft sie die ganze Schuld einer neuen Inflation, denn der anormale Warenpreis muß unbedingt die Rentenmark mit in den Abgrund reißen. Unter dem Druck der täglich steigenden Goldpreise sind Lohnforderungen in ganz kürzester Zeit zu erwarten. So beginnt dann wieder die Schraube ohne Ende, die den Wiederaufbau Deutschlands schon einmal zum Scheitern brachte.

### Sonntagsstunden für Arbeiter.

Am Sonntag fand die zweite Veranstaltung statt. Der Besuch war noch bedeutend stärker als am ersten Abend. Es war beachtlich, grundständig nur im Vorverkauf Karten abzugeben, und zwar nicht mehr, als Sitzplätze vorhanden sind. Der Plan ließ sich nicht durchführen, der Andrang war am Sonntag so groß, daß der Saal doch wieder überfüllt war. In dringender Lage saßen und standen die Gäste etwa 4 Stunden lang, um zu hören und zu schauen. Der gute Zuspruch war ein Beweis, daß mit den Sonntagsstunden eine fruchtbare Idee in rechter Art zur Ausführung gekommen ist. Die Zusammenziehung des Publikums — es waren zum Teil wieder die alten Gäste — zeigte, daß sich eine gewisse Gemeinschaft gebildet hat. Eine Art Freundschaft hat sich auch schon herausgebildet zwischen den Ausführenden und dem Publikum. Dieser gesellige Charakter, der erstrebt wurde, muß berücksichtigt werden bei der Beurteilung der Darbietungen. Was man vorträgt und wie man es vorträgt, das erwächst aus diesem Verhältnis. Man hat sich am Sonntag zum Beispiel mit Dichtungen von Goethe beschäftigt. Genosse Müller erzählte über das Werk Goethes einiges, besonders über den „Faust“. Es kam ihm nicht darauf an, kulturgeschichtliche, philosophische und literarische Lehren zu unternehmen, auf denen er doch ohne Begleiter geblieben wäre, er suchte eine Linie in der „Faust“-Dichtung abzuleiten, die vor allem das sozialistische Auge leicht zu erkennen vermag. Was dann junge begeisterte und interessierte Menschen aus dem „Faust“-Ergenisse aufzählten, das kam es auch nicht darauf an, die Illusionen des großen Theaters zu erzeugen, sondern in schlichter Art aus der Dichtung Verse vorzutragen. Es trat nicht der Doktor Faust oder der Mephisto auf, sondern eben junge Freunde, die gut zu sprechen bestrebt waren, die Sprache aber mit Geiste und Wärme unterstützten und der Sache in Kleidung und Bühnenbild auch sichtbare Form gaben. Der Prolog im Himmel, der am Sonntag aufgeführt wurde, fand allerdings im Bühnenbild, im Vortrag und im Spiel eine Wieder- gabe, die weit über den angegebenen Rahmen hinausging.

Die jungen Leute versetzen sich auf „Stimmung“. Sie liegen mit einem gemischten Chöre mit Musikbegleitung. Die Stimmen klingen leise, das „Ich im Saal“ erhebt, die kleine Bühne öffnet sich und hier wurde ein Bild entworfen, das jüdischer Feindschaft und Jähzorn, das alle Zuschauer erschauern ließ. Das Bühnenbild war das den „Spielern“ selbst gestaltet, sie hatten die Malerei selbst geschaffen, einfache Formen in Blau und Weiß. Der Himmel mit den drei Engeln war in weißer Farbe entworfen, es war nichts Körperliches an den jungen Menschen mehr, die dort oben standen, und an den Dingen, die sie umgaben. Mephisto trat auch nicht nur vor, er stellte wirklich dar.

Man gab noch andere Szenen, besonders aus dem zweiten Teile. Die jüdischen Rollen, die das alte Jahrtausend und Pharisäer, der Wanderer, der Warner sprechen, die Worte des lebenden Hauptes klingen tief und voll.

Es waren große technische Schwierigkeiten zu überwinden — Stimmungen waren auch nicht immer zu verhindern —, um das Bild dem Spiel anzupassen. Die Liebe zur Sache, der Opfer- müt der jungen Leute, die keine Mühe scheuten, um die Sache zum guten Gelingen zu bringen, muß darüber anerkannt werden. Anerkennung verdient auch das keine Verbands für ihre Auf- gabe, das sie erwidelt haben.

Nicht zuletzt darf aber die „Musikengilde“ nicht ihrem Gehörgehör erwidern werden. Das Ganze ist eine prächtige Schöpfung, die zeigt, was Menschen leisten können, wenn sie Lust zu einer Sache haben. Das Orchester ist in guter Entwicklung und hat am Sonntag wieder große Freude ausgelebt. Die jungen Menschen sollen nicht nachlassen in ihrem Streben.

Wenn Kritik geübt werden soll, dann in dieser Richtung: man hätte sich vielleicht ein wenig subtiler vorgenommen. Weniger wäre noch besser gewesen. Neben Substanz, Musik, Gehör, Vortrag gab es auch Regierungen. Die Veranstaltung dehnte sich aus, es war — auch die Überfüllung des Saales wirkte mit — eine leichte Ermüdung ein.

**Wanderversuchen.** Der Saal des Franko-Jugendheims war auch am Sonntagabend gefüllt. Die Gesellschaft gab sich zunächst recht gemütlich und lebhaft: es waren Kinder, Ueber ein halbes Hundert Kinder. Sie wurden still und anständig, als gefungen wurde und Unter Schreier ihren Vorträgen ergab. Da wundert sich ja alle auf, die meisten haben, von denen man schon manches gehört hat, die aber nun wunderliche neue Eigen- heiten bekamen. Und keine Bilder wurden in reicher Auswahl gezeigt. Es gab viel „Jahel“ und „lang anhaltenden“ Schall.

### Der „revolutionäre“ Epigentandidat.

Magdanz bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor.

Magdanz hätte das Recht auf den Reichstag kommunizieren nicht verweigert. Er war schon vorher in und nach mit dem Reichstag, das war schon vorher in und nach mit dem Reichstag, das war schon vorher in und nach mit dem Reichstag.

Magdanz ist ein revolutionärer Held, der antwortet die Rechte von „Recht“ bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor.

Magdanz bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor.

Magdanz bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor.

Magdanz bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor. Das bringt er und er von Rechts noch zu einem Großen empor.

Genossen, Metallarbeiter, verhindert das. Geht restlos in die Versammlung und wählt erse ebenso besonnen als tatkräftigen Führer wieder. Wählt die Liste Kaufers und nicht die Phrasen die weiter nichts können als reden, reden, reden und dabei zerschlagen, verleumdern und letzten Endes einen Ver- band zerschlagen oder doch zur Ohnmacht verdammen.

Magdanz und seine Gefolgschaft rechnen diesmal auf Sieg. Sie wollen die Versammlung schon gleich nach Arbeitschluss befehlen. Das zwingt unsere Genossen zur Gegenwehr. Die Parole muß daher am Mittwoch lauten: Sofort nach Arbeitschluss in die Generalversammlung im „Kristallpalast“.

## Gute und billige Weihnachtsbücher

aus unsern Beständen sind zu haben

Magdeburg-Neustadt, im „Wintergarten“, Friedrichspl.,  
Magdeburg-Sudenburg, Gasthof zum goldenen Löwen,  
Halberstädter Straße 56,  
Burg, Otto Siegelsh, Butverstraße 10,  
Haleborn, Hermann Koch, Lange Straße,  
Wanzleben, Frau Schulze, Remerkeleber Straße,  
Stendal, Parteifreier Müller, Brüderstraße 16,  
Halberstadt, „Halberstädter Tageblatt“,  
Schönebeck, Brösme, Republikstraße,  
Thale, Ernst Wallach, Joachimstraße 25.

### Buchhandlung Volksstimme.

### Die Heimatlosen.

Die Straßen schreien und ziehen schwirrend flugs zur Stadt; bald wird es schneien — wohl dem, der jetzt noch Heimat hat. . .

In der Stadt finden sie Lande nicht mehr. Arbeitsstätten werden geschlossen. Nixie können die Ueberzahl der Obdachlosen nicht mehr aufnehmen. So müssen die Armen wandern. Dann sind sie „Dagelöhner“. Während aber die hungrigen Vögel zur Stadt geflogen kommen, zieht der hungernde Obdachlose hinaus aufs Land. Allein oder zu zweien, wenn er einen Freund oder — ein Weib hat.

Während der Kriegszeit und in den Jahren der wirtschaftlichen Schweißblüte, die alle verfügbaren Arbeitskräfte ausfüllte, war der Land- streicher, mehr noch die Landstreicherin, eine seltene, kaum noch anzutreffende Erscheinung geworden. Das Hungerelend, das jetzt immer erschreckender zum Vorschein kommt, macht auch dieses soziale Maßbild wieder zur Massenerscheinung.

So Mutter Landstraße ihre verlorenen Kinder um sich versammelt, wandert es hin und her. Der Mann mit dem vollgepackten Rucksack (der oft nur ein aufgebundener Kackofel ist), den Stöcken in der Hand, einen bewitterten Filz oder die Mütze auf dem Kopfe; die Frau mit Kopftuch und abgetragener Mantel nebenher. So geht es durch Sturm und Kälte, von Dorf zu Dorf, von Gehöft zu Gehöft. Wo sich irgendwas erhoffen läßt, wird die „Kette gebucht“, d. h. gefochten, bittigen Hundes und Gendarmen dabei nach Möglichkeit aus dem Wege gegangen.

Alles, was mitnehmenswert am Wege liegt (oder auch noch im Ader steck) verschwindet im Rucksack des Mannes oder in der Mantel- tasche der Frau. Wenn sich unterwegs der Hunger einstellt, werden die Taschen untersucht und meist findet sich dann wohl auch noch etwas, das im Weitergehen verzehrt werden kann. Oder es werden einige Schritte abwärts in den Wald hinein getan und ein Feuer angemacht, vorausgesetzt, daß ringsherum die „Luft rein“ ist.

Manchmal begegnen sich solche Paare mitten auf der Landstraße. Dann tauschen sie ihre Erfahrungen aus und versuchen sich zu den Vorkenntnissen, die für alle Fälle schmerzhaft sind. Das gegen- seitige Lamentieren der Armen in der Großstadt hat man sich auf dieser Stufe des menschlichen Glanzes in der Regel abgewöhnt. Man geht auf Gänge und läßt „ausgleichende Gerechtigkeit“, wie man sie hier empfindet. Manchem Genossen, der an jenem Teil mit dazu beigetragen hat, daß das Volk in der Stadt verhungert, während die Eigenen auf dem Lande voll Brottracht sind, steigt wohl die Angst in die Kehle, wenn er auf der Heimkehr zu jenem einsam gelegenen Hofe an einem Trupp solcher unheimlicher Gestalten vorbeifährt. Sind sie nicht dieser Armen auch harmlos wie Kinder — der Hunger und die Gelegenheit machen nicht aus ihnen, sondern leicht auch Schmeichele aus ihnen.

Vielleicht kann, die jetzt heimliches von Ort zu Ort irren, sind 4 Jahre und länger Vaterlandsverweidiger gewesen. Sie haben wie es damals so schön heißt, „für Heim und Herd, für Haus und Hof, für Tabak und Hund gekämpft“. Der juchzende Ratten lang haben sie das Heim erobert, haben weiter der Erde, unter Schatten und Wägen gehandelt und ihre Laster dem Tode preisgegeben. Aber der Dreck des Vaterlandes war ihnen gewiß!

Und jetzt heimchen sie ihn ein! Zu ihnen auch kein warmes Nestchen, kein Arbeits- und kein Wohnplatz im lauten Vater- land vorzuziehen, weil Vaterland eben jetzt dabei ist, die „marxistischen“ Schichten aus der Revolution zu spalten, um wieder ein echter und konkreter bürgerlicher Reichthum zu werden. So haben sie doch — kämpfen gelernt. Und der Gewerkschaftsleiter, der pflicht- gemäß das Optimum aller verlässlichen Personen zu unterstützen hat, be- zichtigt die Pflichten, wenn er ein paar Beträge auf der Land- straße trägt, wie es häufig in Hoffenung geschieht, mit jenem Leben. Dann, aber auch erst dann hat der bürgerliche Reichthum wieder ein dankbares Ziel für die Heimatlosen.

— Die Goldschätze für die Angehörigen der chemischen Industrie. — Die aus der Reichs-Verwaltungskommission ernannte Kommission hat am Sonntag folgende Beschlüsse gefasst: Der Reichs-Verwaltungskommission sind 18 Millionen Reichsmark beizugeben, im Monat Juli 1924 bis zum Ende des Jahres 1924 auf 232 Millionen Reichsmark. Im 7. Reichsjahr beträgt der Gehalt 261 Millionen Reichsmark, im 8. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 9. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 10. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 11. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 12. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 13. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 14. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 15. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark.

— Die Goldschätze für die Angehörigen der chemischen Industrie. — Die aus der Reichs-Verwaltungskommission ernannte Kommission hat am Sonntag folgende Beschlüsse gefasst: Der Reichs-Verwaltungskommission sind 18 Millionen Reichsmark beizugeben, im Monat Juli 1924 bis zum Ende des Jahres 1924 auf 232 Millionen Reichsmark. Im 7. Reichsjahr beträgt der Gehalt 261 Millionen Reichsmark, im 8. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 9. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 10. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 11. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 12. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 13. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 14. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 15. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark.

— Die Goldschätze für die Angehörigen der chemischen Industrie. — Die aus der Reichs-Verwaltungskommission ernannte Kommission hat am Sonntag folgende Beschlüsse gefasst: Der Reichs-Verwaltungskommission sind 18 Millionen Reichsmark beizugeben, im Monat Juli 1924 bis zum Ende des Jahres 1924 auf 232 Millionen Reichsmark. Im 7. Reichsjahr beträgt der Gehalt 261 Millionen Reichsmark, im 8. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 9. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 10. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 11. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 12. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 13. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 14. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 15. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark.

— Die Goldschätze für die Angehörigen der chemischen Industrie. — Die aus der Reichs-Verwaltungskommission ernannte Kommission hat am Sonntag folgende Beschlüsse gefasst: Der Reichs-Verwaltungskommission sind 18 Millionen Reichsmark beizugeben, im Monat Juli 1924 bis zum Ende des Jahres 1924 auf 232 Millionen Reichsmark. Im 7. Reichsjahr beträgt der Gehalt 261 Millionen Reichsmark, im 8. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 9. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 10. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 11. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 12. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 13. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 14. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 15. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark.

— Die Goldschätze für die Angehörigen der chemischen Industrie. — Die aus der Reichs-Verwaltungskommission ernannte Kommission hat am Sonntag folgende Beschlüsse gefasst: Der Reichs-Verwaltungskommission sind 18 Millionen Reichsmark beizugeben, im Monat Juli 1924 bis zum Ende des Jahres 1924 auf 232 Millionen Reichsmark. Im 7. Reichsjahr beträgt der Gehalt 261 Millionen Reichsmark, im 8. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 9. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 10. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 11. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 12. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 13. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 14. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark, im 15. Reichsjahr 261 Millionen Reichsmark.

— Die neuen Fleisch- und Wurstpreise. Die Ueberwachungskommission beim hiesigen Schlachthof hat heute folgende Höchstpreise für den Kleinverkauf im Laden fest. Alles in Gold- pfennigen für das Pfund: Rindfleisch bis 120, gehacktes Rindfleisch bis 140, roher Kalb bis 120, ausgelassener Kalb bis 140 Schweine- fleisch bis 150, gehacktes Schweinefleisch bis 160, Speck (Blomen) bis 180, geräucherter Speck, Wurst und Schmalz bis 200, Kochwurst bis 180, Kalbfleisch bis 180, Hammelfleisch bis 120. Die Preise gelten von morgen Mittwoch an. Höhere Preise müssen im Interesse der Verbraucher zur Anzeige gebracht werden.

— Für die Weihnachtspflege allerbedürftigster Kinder sind im Laufe dieser Woche weitere Spenden eingegangen, die an Geldmitteln etwa 10 Millionen betragen, abgesehen von Spenden an Bekleidungs- Stoffen, Anzeigen und einzelnen Kleidungsstücken. Ge- braucht wird aber noch viel mehr.

— Der Weihnachtseffekt der Mittelstandsfürsorge ist allenthalben reger Zulauf zuteil geworden. Nach Abschluß der Weihnachtseffekte beklagt sich die Mittelstandsfürsorge wieder in Arbeits- vermittlung für Wollabwicklerinnen und Jumperstrickherinnen. Geübte Arbeiterinnen können bei guter Bezahlung eingestellt werden. Gleich- zeitig sei auf die neue auf die andere Verkaufsstelle von Weihnachtse- geschenken in der Mittelstandsfürsorge, Alter Markt 14, hingewiesen.

— Pachtzinspreise für Kleingarten- und Kleinpachtland. Für 1. Januar 1924 bis 31. März 1924 sind folgende Pachtzinspreise zu zahlen: Der Grundpreis für 1 Quadratmeter beträgt für Klein- garten- und Kleinpachtland in den Gebietsorten Wilhelm- stad, Sudenburg und Lemsdorf jährlich 2 Goldpfennige, Reustadt (nördlich der Lindeburger Straße und südlich der Eberdorfer Chaussee), Südost (westlich der Süße), Fernerleben (westlich der Hauptstraße) 1,75 Goldpfennige, Reustadt (nördlich der Eberdorfer Chaussee und südlich der Lindeburger Straße), Südost (östlich der Süße), Fernerleben (östlich der Hauptstraße), Mothensee, Cracau, Prester 1,5 Goldpfennige. Für das bezogene Vierteljahr ist also ein Viertel dieser Sätze zu zahlen. Oede- und Unland ist von Fall zu Fall besonders zu bewerten. Für Aufwendungen des Ver- pächters sind neben den vorgenannten Pachtzinspreisen für Ver- zinsung und Tilgung, soweit sie nicht abgeschrieben sind, besondere Zuschläge zu zahlen: a) für Obstbäume 10 Prozent, bei besonders wertvollen Baumanlagen, wie die Gartenanlagen Emmafelde, Friedricksfelde, Langefelde, Götterring 27 und Butterteig für Obstbaumpflanzungen des Verpächters bis zu 25 Prozent Zuschlag zu obigen Höchstpreisen; b) für Einfriedigungen usw. und Bewässerungsanlagen weitere besondere Zuschläge, deren Fest- setzung im Streitfall durch das Kleingartenchiedsgericht erfolgt; c) sollte der Verpächter auch Gartenlauben errichten haben, so darf ein weiterer Zuschlag erhoben werden, dessen Festsetzung der Ein- zigung zwischen den Parteien überlassen bleibt; d) außerdem hat der Pächter auch die anteiligen, auf der Pachtfläche ruhenden öffentlichen Abgaben (z. B. Grundsteuer) zu zahlen. Die Zustan- dhaltung der Einfriedigungen und Bewässerungsanlagen sowie die pflegerische Behandlung der Obstbäume bleibt den Pächtern — über- befristlich entgegenstehender vertraglicher Vereinbarungen — über- lassen. Die obengenannten Pachtätze sind bis zum 8. Januar 1924 an den Verpächter zu entrichten. Eine besondere Zahlungsaufforderung ist nicht notwendig. Für die Umrechnung der Pacht in Papiermark ist der letzte Goldmarkkurs vor dem Zahlungstermin maßgebend, soweit die Pacht nicht in wertbestän- digem Gelde (Rentenmark, Goldmark und Dollarkurs- An- weisungen) gezahlt wird. Im Streitfall entscheidet das Klein- gartenchiedsgericht.

— Im roten Horn ist Solzaktion. Eine Holzverleigerung wird im roten Horn am 14. Dezember, vormittags 9 Uhr, Treffpunkt Heinrich-Heine-Platz, am 17. Dezember, vormittags 9 Uhr, Treffpunkt Salzquelle, und im Wozelgang am 18. Dezember, 9 Uhr vormittags, Treffpunkt Gesellschaftshaus, stattfinden.

— Zirkus Penny im Blumenfeld-Gebäude gibt heute Mittwoch zwei Vorstellungen. Mittwochs 3 1/2 Uhr für die Jugend zu halben Preisen. Das Radmittags-Programm ist genau so vollständig wie abends, alle Tiere werden arbeiten, darunter die große Eisbärenarabbe. Abends 7 1/2 Uhr findet eine große Galavorstellung statt. Da der Besuch sehr stark ist, empfiehlt es sich, rechtzeitig im Zigarrenhaus Schneider, Breiter Weg 181, und an den Zirkuskassen sich Eintrittskarten zu sichern. Auf die täglichen Dressurproben und Tierchaubestimmungen wird be- sonders hingewiesen.

— Gauerbands-Geflügelausstellung in Magdeburg. Die Kommission der Magdeburger Geflügelzucht vorerwe beizulegen fürzlich, die große allgemeine Gauerbandsausstellung für Magdeburg und Umgebung vom 18. bis 20. Januar 1924 abzuhalten. Eine besondere Be- deutung erhält die Ausstellung noch dadurch, daß der Magdeburger Verein für Geflügelzucht 1923 damit die Aufgabe seiner 50-jährigen und der Endenburger Geflügelzüchterverein diejenige seines 25-jährigen Bestehens verbindet. Die Ausstellung wird in der Halle Land und Stadt stattfinden.

— Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Erweiterter Hauptvorstand: Mittwoch 8 Uhr Frankenheim. — Metall- arbeiter: Mittwoch 7 1/2 Uhr Generalversammlung im „Kristallpalast“. Es- scheiden ist Pflicht. Eure Stimme der Liste Kaufers.

— Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Mittwoch: Theater-Konzert. Donnerstag nachmittags 4 Uhr: Die Puppenfee; Abends 7 Uhr: Der Waffenschmied. — Wilhelm-Theater. Mittwoch (Vorträge für die Volkshilfe): Doppel- selbstmord. Donnerstag (Vorträge für die Volkshilfe): Doppelselbstmord.

— Bücherchau. Einmal hier angelegten Bücher sind durch die Buchhandlung Volksstimme zu beziehen. Die bei den Büchern angegebenen Preise sind in vielen Fällen überholt.

— Bei J. A. Brodhaus in Leipzig ist ein bemerkenswertes Buch erschienen. Es handelt sich: Not und Verzicht, eine Unter- suchung über das deutsche Wirtschaftsgeschehen, 1. Band, 692 Seiten. Geheftet 17, gebunden 19 Goldmark. Der Verfasser, Rektor Ernst Schäfer, Rektor der Handelshochschule in Leipzig, gibt darin eine un- schätzbare Uebersicht der Ursachen unserer Wirtschaftskrise und ihrer Ent- wicklungen: Festhaltung der Währung, Schiedverbot, Not, Glanz, Un- tergang ganzer Volkswirtschaften, Verarmung der Arbeiter, Beamten, der freien Berufe auf der einen Seite, wahnsinnige Verschwendung auf der andern. Alles in allem ein fürchterliches und durchweg lebensähnliches Spiegelbild unerser Verfalls. Einen breiten Raum nehmen die Strei- kenden in dem Buche ein und die Diebstahlschreie. Ohne daß wir diese Schreie laugnen wollen, möchten wir doch festhalten, daß sie den Kern des Problems am Zusammenbruch haben. Werksführerweise behandelt der Verfasser die eigentliche Ursache des Verfalls, den Krieg mit jener Pumpenwirtschaft nach dem System Helfferich und mit jenen Kriegsgewinnern nur sehr nebenächlich, und die katastro- phalen Folgen der Ruhrbesetzung unter Cuno werden kaum erwähnt. Da- gegen schreie er alles Unglück auf die Wirtschaftspolitik und auf die Unterfertigung des Versailles Vertrags. Wie er aber dem hätte aus dem Wege gehen sollen, nachdem Ludendorff und Hindenburg sofortige Waffen- stillstandsverhandlungen v. drängt hatten, und welche Folgen die Verweigerung der Unterfertigung für Deutschland schon 1919 gehabt hätte, darüber hüpft sich der Verfasser mit einigen billigen Gemeinplätzeheiten herum, wie er denn auch einen Weg aus dem Unheil in diesem Buche nicht zeigt. Als Material und Lektüremittel für die Volkshilfe ist das Buch unbrauchbar und ein dauerndes Dokument unserer Zeit, dessen Studium jedem zu empfehlen ist. Um so mehr hätte man gewünscht, daß es von jemand geschrieben worden wäre, der sich weniger vor- sichtig an den Grundursachen alles Unglücks vorbeigeht hätte.

— Briefkasten. S. 2. Bekerkisten. Es kommt auf den Wortlaut des Vertrags an, wenn einseitig werden muß. Sie erhalten sicher nur Papiermark.

# Die Raft

## Zucker und Fett.

Durch das Entgegenkommen des Verlags Brockhaus können wir den Lesern einen Abschnitt aus dem soeben erschienenen, interessanten Werk „Länder der Zukunft“ (zwei Bände) bieten, das den bekannten Polarforscher Wilhelm Stefansson zum Verfasser hat. Stefansson hat über die Kreise der Wissenschaft hinaus großes Aufsehen erregt, weil er in der Polarforschung ganz neue Wege geht, die unternehmenden Männern mit einfachen Mitteln erlauben, die weiten Gebiete des höchsten Nordens zu bereisen. In dem Buche schildert Stefansson seine abenteuerliche fünfjährige Polarreise. Stefanssons reiche Erfahrungen haben ihn gelehrt, wie die Nahrung auf Polarreisen beschaffen sein muß. Er steht damit zwar vielfach im Gegensatz zur herrschenden Meinung, aber die Tatsachen haben ihm recht gegeben. Interessant ist es, was er über den Fettgenuß sagt. Der Titel des Werkes ist: „Länder der Zukunft. Fünf Jahre Reisen im höchsten Norden.“ Zwei Bände. Geb. G.-Z. 30 Mark.

Am 3. Juli sahen wir etwas, was in unser aller Erfahrung einzig dastand — einen Seehund, der von einem Wolfe gefressen worden war. Wir sahen einen Wolf auf dem Eise draußen, etwa 1 Kilometer jenseits von unserm Lager, etwas fressen; ich ging hinüber, um zu sehen, was es war. Schlaue, wie immer, flüchtete der Wolf, als ich noch 1/2 Kilometer entfernt war. Nach der Lage des Seehundkörpers und den Spuren auf dem Eise zu schließen, hatte der Wolf ihn im Schlafe neben seinem Loch überrascht und hatte ihn ungefähr 15 Meter weit fortgeschleppt. Dann hatte er ihn durch mehrere Bisse in die Kehle gefressen und angefangen zu fressen. Ich habe Trapper auf dem Festland behaupten hören, daß die Wolfe Seehundspitz berachten und nicht anrühren. Nach das ist vermutlich nur eine von den vielen oberflächlichen Vorstellungen, denn alles, was dieser Wolf gefressen hatte, war Speck. Er hatte am Rücken des Seehundes etwas oberhalb des Schwanzes angefangen und hatte vielleicht 3/4 Kilogramm von dem Fett gefressen, dagegen nichts von dem Fleische, nur die Haut, die an dem Fett hing.

Das erinnert an die Nahrungsgewohnheiten der Esbären. Offenbar halten sie sich nicht auf dem laufenden mit den modernen Ernährungsvorschriften, denn sie scheinen nichts von der Notwendigkeit einer Abwechslung in der Nahrung zu wissen. Ich kenne Fälle, in denen ein Esbär fast einen ganzen Seehund gefressen hat — Fleisch, Knochen, Speck und alles übrige —, aber das waren keine Seehunde, und der Bär muß sehr hungrig gewesen sein. In der Regel verfährt ein Bär, der einen ausgewachsenen Seehund fressen will, nach meiner Erfahrung gerade so wie unser Wolf, nur daß es bei ihm beträchtlich schneller geht; er schält von dem ganzen, oder beinahe dem ganzen Körper das Fett ab, geht dann weg und überläßt Fleisch und Blut den Füchsen.

Dieses Verfahren der Bären hat unter den Eskimos zu dem Glauben geführt, der Bär besitze das Geschick, einen Seehund das Fett mit der Haut abzugreifen, ähnlich wie ein Eskimo einen Fisch abbalgt. Man kann das Verfahren nur mit dem Wort „umkrempeln“ bezeichnen; wie man einen Strumpf umkrempelt, indem man ihn beim Ausziehen am oberen Ende faßt, ihn nach außen umschlägt und so abzieht, daß die Innenseite nach außen gewendet wird.

Wer mit der wohlbekannteren „Tatsache“ vertraut ist — und wer von uns wäre das nicht —, daß die Raft dort, wo die Witterung kalt ist, mehr Fett enthalten muß, wird zweifellos diese eigenartige Nahrungsgewohnheit der Esbären damit erklären. Das führt uns auf einen Punkt, wozu auch ich mein Teil beitragen möchte — zum großen Fettbedarf in der arktischen Raft.

Ich weiß nicht, ob ich es von meinen Eltern oder in der Schulgeographie gelernt habe. Jedenfalls wußte ich davon, als ich mit 27 Jahren zum erstenmal nach dem Norden zu den Eskimos ging. Ich hatte viel von ihrer Vorliebe für Speck gelesen und erwartete mit Staunen zu sehen, wie sie einen schmachtenden Stoff wie Butter mit Löffeln aßen, oder mit Schaudern zu sehen, wie sie Tran tranken. Ich habe sie Butter mit dem Löffel essen sehen. Sie betrachteten ein Stück Butter offenbar als eine Art Nahrung, so wie wir einen Nierenfettpudding. Wir essen nie Butter mit Löffeln, es sei denn, wir haben sie vorher mit Zucker vermischt und den Namen in „Buttercreme“ geändert. Aber in meiner ganzen Polarreise habe ich nur bei zwei Gelegenheiten einen Eskimo Tran trinken sehen, das eine Mal, als wir 1909 am Nordostspitz Hunger litten und nichts zu genießen hatten als Seehundtran. Wir waren sieben oder acht Mann und pflanzten alle den Tran von irgend etwas aufzufangen zu lassen und eine Art Salat daraus zu machen, bis auf einen alten Mann, der seinen Tran „pur“ genoß. Er trank morgens eine halbe Tasse und abends eine halbe Tasse, und die andern Eskimos staunten, wie er das fertigbringen konnte.

Meine Erfahrung mit der Nahrungsaufnahme im Norden ist die, daß man leichter hungrig wird, wenn man friert, daß es aber wenig Unterschied macht, was man zu sich nimmt, um den Hunger zu stillen. Auf Schiffen und in den Walfangstationen oder den Paraden der Polizei auf der Gherkinsinsel enthält die Raft keinen größeren Prozentsatz an Fett wie in andern Klimaten.

Wenn die Menschen schlecht gekleidet sind oder wenn ihre Häuser kalt sind, essen sie vielleicht mit etwas besserem Appetit, als sie es weiter im Süden tun würden. Aber was sie essen, ist eine Sache der Auswahl und des individuellen Geschmacks. Die Polizei ist eine Menge Schinken, ebenso die Hudsonbay-Leute, aber nur, weil dies als eine Normalnahrung gilt und ihnen beständig von auswärts zugeführt wird.

Es gab eine Zeit, in der Fett einen viel wichtigeren Bestandteil in der Raft der Europäer bildete als jetzt. Das war vor der Zeit des Zuckers. Vor 400 Jahren war gewöhnlicher Zucker in Europa unbekannt. Die Menge, die in der Form von Honig oder süßen Früchten genossen wurde, war unbedeutend im Vergleich mit dem gewaltigen Konsum der Gegenwart. Vor 300 Jahren war Zucker der Luxus von Königen, und vor 200 Jahren war er eine Seltenheit in der Raft des gemeinen Mannes. Auch in unserer Zeit ist der Zuckerkonsum auf den Kopf enorm gestiegen. Dieser Nahrungsbestandteil, den manche Leute für eine besondere Notwendigkeit, andre sogar als für die Gesundheit unentbehrlich halten, ist in Wirklichkeit ein Fremdling in unserer Raft.

Aber je mehr der Zucker in der Wertschätzung gestiegen ist, um so mehr hat das Fett seine Stellung verloren. Die Beziehung zwischen beiden ist immer wechselseitig — je mehr Zucker, um so weniger Fett. Wenn es richtig ist, daß in der Raft der nördlichen Völker ein besonderer Bedarf an Fett vorhanden ist, so sollte darauf folgen, daß der Bedarf in den Tropen geringer ist. Dies ist auch die allgemeine Anschauung. Aber es ist in Australien wohlbekannt, daß in früheren Tagen, ehe der Handel große Ausdehnung gewonnen hatte und ehe Zucker, Marmelade und dergleichen ein wichtiger Bestandteil der Raft wurden, die Grenzreiter und die Schafhirten im subtropischen Australien die fetteste Schafe zum Schlachten auswählten. Sie pflanzten das fetteste Fleisch zu essen, und wenn das überschüssige Fett abtropfte, aßen sie das geschmolzene Fett über den Tag. Aber als der Handel zunahm und Zucker hereinkam, aßen sie immer weniger fettes Hammelfleisch. Heute kann man sehen, wie ein Schafhirte in demselben Klima das Fett vom Fleisch abschneidet und es zum Feller zurückläßt.

Mein Freund Karl Meley jagt im tropischen Afrika. In der regelmäßigen Raft der Reiter, die er als Träger und Diener verwendet, ist sehr wenig Zucker enthalten. Er hatte bei der Erlegung eines Hippopotamus gesehen (was ich nie gesehen habe, wenn ein Seehund oder ein Wal erlegt war), daß die ganze verfallene Schär der Eingeborenen sich in wilder Freude einer Dregie des fettesten hingab. Wenn der Hippopotamus tot ist, schneiden sie das Fett streifenweise heraus und essen, bis ihnen übel wird. Es dürfte also notwendig sein, eine andre Erklärung als die fettschmelzende vom Fettbedarf im kalten Klima zu suchen, um die sonderbare Gewohnheit der Esbären zu erklären, das Fett von einem Seehund abzuschälen, etwa wie ein kleiner Junge Marmelade und Butter von einer Brotkruste abkratzt.

## Gesundheitswesen.

**Tabakrauch gegen Gicht?** Der italienische Doktor de Gaglia ist an unregelmäßigen Gichtanfällen, bis sich schließlich die schmerzhafteste Krankheit auf die Hände warf. Er verließ nur das Bett und griff nach seiner Tabakspitze, von der er lange keinen Gebrauch gemacht hatte. Da ihn der Mittelfinger der rechten Hand sehr schmerzte, so ließ er den Rauch in vollen Zügen auf das kranke Gelenk streichen. Der Schmerz fing an, sich zu verringern, und als der Gichtkranke seine Reise ausgetraut hatte, war der Schmerz völlig verschwunden. Das so heilsame Gelenk war mit reichlichem Schweiß bedeckt. Die Gicht ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. De Gaglia empfahl sein durch Zufall entdecktes Hausmittel einigen andern Gichtkranken, und er erwidert drei von ihnen, die ebenso schnell wie er dadurch von ihrem Leiden befreit wurden. Der Bericht über diese ebenso einfache wie angenehme Gichtbehandlung findet sich in einem italienischen landwirtschaftlichen Journal aus dem Jahre 1834; es wird darin auch gesagt, daß der beste Tabak für diesen Zweck das getrocknete Blatt ohne Zubereitung und Bekämpfung sei.

## Von Land und Leuten.

**Sonderbare Selbstmordursachen.** Der Vorsitzende eines Londoner Leichenrichters führt neun Zehntel der Selbstmordfälle, die ihm in seiner Praxis vorgekommen sind, auf einen plötzlichen Anfall zurück und illustriert diese Behauptung durch einige interessante Beispiele aus seinen Autopsien. Da hatte sich ein Dienstmann unter die Räder eines Zuges geworfen, weil er seine Brille verloren hatte und im Augenblick die Zeitung nicht lesen konnte. Ein Arbeiter war beim Einkauf einiger Fische betrogen worden; ein Grund zum Selbstmord, den er beging, indem er sich vor die Räder eines Automobilbusses warf. Ein junges Mädchen war von seiner Mutter ausgetrieben worden, weil es seinen

besten Gut aufgeben wollte. Wegen der Verjagung „des Herzes“ nuschelte stürzte sich die junge, sehr leicht erregbare Maid Wasser. Weil ein Freund zu ihm geäußert hatte: „Das hast du aber blödsinnig angestellt: ich hätte das sonst gemacht“, bezog ein junger Mann Selbstmord. Im Sommer, zur Zeit der Gewitter, läßt sich ein Wachsen der Selbstmorde beobachten, und wie der Londoner Arzt ausführte, vergeht in der englischen Hauptstadt kein Gewitter, ohne daß mehrere Personen ihrem Leben freiwillig ein Ende setzen. Zweifelloß hängt das mit dem Einfluß zusammen, den die elektrische Entladung der Luft auf die Nerven des menschlichen Organismus ausübt. Bei vielen Menschen löst ein Gewitter bekanntlich aus den gleichen Ursachen Angstzustände aus. Nur die aller Selbstmörder sind übrigens Männer, während die Frauen nur ein Zehntel des Selbstmörderkontingents stellen. Der Engländer führt das auf die angestrengte körperliche oder geistige Arbeit zurück, der die Männer in weit höherem Maß unterworfen sind als die Frauen. Inwiefern diese Londoner Beobachtungen für andre Städte und Völker zutreffen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist man beispielsweise in Berlin in mancher Hinsicht zu andern Ergebnissen gekommen. So ist hier der Prozentsatz der Frauen unter den Selbstmördern ganz erheblich größer, als wie in London festgestellt worden ist.

## Allerlei.

**Tiroler Märtelin.** In der Wochener Zeitschrift „Deutschland“ lesen wir die folgenden Tiroler Märtelin von Rudolf Greinz: Andreas Stoder, geboren in Natterinn, Gestorben an Stumpfsinn. Des Wohlgeborenen Herr Florian Feer, Doktor der Medizin. Bekam nach am Stütz eine große Blater, Hat ihn arg verpackt der sachte Vater. Schlag sich dazu ein hitziges Fieber, Da schlummerte der Ader sanft hinüber. O Herr, gib über ihn aus deinen Gnadenfüße! Und nimme es auch dem Richter von einem Doktor mit übel!

In diesem dunkeln Bretterkasten Tu ich von vieler Milch ausrauten, Mich traf so mancher Schicksalschlag. Doch die allergrößte Erdenplag, Das war mein Weib, die Barbara. Nein! sagt sie immer, wenn ich jagt ja! So haben wir getritten wohl an die vierzig Jahr, Bis daß ich bin gekommen auf meine Leinwand. Da muß das Maul sie halten, das war mein größter Gewinn, Sie kummt's mir mit abtreiben, daß ich gestorben bin. Und hält ich nicht als Leiche gehet zu trinken an, Dann hätte sie am Ende auch dieses noch getan. Also ist es wohl vollbracht, Ich wünsch der Welt eine gute Nacht, Winkler, Johann, Gewesener Bauersmann.

In diesen kühlen Leichensteinen Vetterlein sie Anastasia Palscher, ein reines Jungfräulein, Die Mümlein auf dem Felde bläst ja der Frostwind um, Also nimmt auch der Tod mit sich das schönste Jungferntum Und ist es auch noch kaum ein Rosenknopf gewesen, Hans Mors ist alles wurd, macht nicht viel Federlesen. Doch zwickel dich, o frommer Christ, Der du dies Epitaphium liest, Des bittern Zweifels Allgemalt, So bedenke dies: sie war erst zwei Jahre alt. —

## Humor und Satire.

**Die gute Praxis.** Doktor Degner hat sich als Othronarzt niedergelassen. Nach längerer Zeit begegnete er einem Bekannten. „Nun, lieber Doktor, wie macht sich denn Ihre Praxis?“ erkundigte sich dieser teilnahmsvoll. Der Gefragte machte ein süßlaues Gesicht: „Ich komme mir vor wie Lohengrin!“ — „Verzeihen Sie, warum wie Lohengrin?“ — „Da gewiß doch! Der singt doch auch: „Alljährlich naht vom Himmel eine Taube!“ —

**Seltene Wirkung eines Platats.** In Glasgow schlugen die Antialkoholiker ein Platat an mit den Worten: „Jeder Winkel der Gölle ist mit Whisky durchtränkt!“ Studenten schrieben darunter: „Tod, wo ist dein Stachel?“ — **Gerettet.** „Warum bin ich am Leben?“ war der Titel eines Gedichts, das neulich einem Schriftsteller zugeing. — Die Antwort des Schriftleiters war: „Weil Sie Ihr Gedicht mit der Post eingekandt haben, anstatt es mir persönlich vorzulegen.“ (Daily News.)

## Erste Liebe.

Von J. E. Turgenjew.

(12. Fortsetzung.)

XV.

Während der nächsten fünf, sechs Tage bekam ich Sinaida fast gar nicht zu sehen: sie ließ herausfragen, sie sei krank; jedoch ließen sich die gewöhnlichen Behälter dadurch nicht abhalten, „in Erfüllung ihrer Dienstpflicht“, wie sie sich ausdrückte, sich einzustellen. — alle mit Ausnahme Marksanovs, der sofort keimnützig und trüblich wurde, wenn er keine Gelegenheit hatte, sich zu enthuftastieren. Melomjorow saß mürrisch in einer Ecke, mit rotem Kopfe, den Kopf bis oben hinauf zugestopft. Auf dem feinen Gesichte des Grafen Malewitsch spielte beständig ein unangenehmes Lächeln; er war tatsächlich bei Sinaida in Ungnade gefallen und zeigte sich nun mit besonderer Bereitwilligkeit diensterhe gegen die alte Fürstin, ja, er fuhr sogar mit ihr in einer Kletterische zum Generalgouverneur. Einen Erfolg hatte diese Natur überhört nicht, und sie hatte sogar für Malewitsch eine Unannehmlichkeit im Gefolge: man erinnerte ihn an eine Affäre, die er einmal mit einigen Geniesoffizieren gehabt hatte, und er hatte zu seiner Entschuldigung sagen müssen, er sei damals noch sehr unerfahren gewesen. Zufällig kam maximal lädlich, doch aber nie lange; nach unserer letzten Aussprache hatte ich ein bißchen Furcht vor ihm, legte aber zugleich zu ihm eine aufrichtige Zuneigung. Eines Tages ging er mit mir im Refektoriumspazieren; er zeigte sich sehr gutmütig und liebenswürdig, gab mir die Namen und Eigenschaften verschiedener Kräuter und Blumen an und tief dann plötzlich ohne jeden Zusammenhang mit dem bisherigen Gespräch, indem er sich vor die Stirn schlug: „Und ich Dummkopf glaubte, sie sei eine Kofette! Manchen Menschen ist es offenbar ein besonderer Genuß, sich aufzuopfern!“

„Was wollen Sie damit sagen?“ fragte ich. „Nun, will ich gar nichts sagen.“ antwortete Ladjin kurz. Mich verriet Sinaida: mein Kommen machte das konnte mir nicht entgehen) auf sie einen unangenehmen Eindruck. Sie wendete sich unwillkürlich von mir ab. —

das Bittere dabei; das war's, was mich tief bekümmerte! Aber es war nichts dagegen zu machen, — und ich bemühte mich, ihr möglichst wenig in die Augen zu fallen und sie nur aus der Ferne zu beobachten, was mir nicht immer gelang. Etwas Unbegreifliches war mit ihr vorgegangen; ihr Gesicht, ihr ganzes Wesen hatte sich verändert. Ganz besonders fiel mir die mit ihr vorgegangene Wandlung an einem warmen, stillen Abend auf. Ich saß auf einem niedrigen Büschchen unter einem großen Solanderstrauch; ich liebte dieses Plätzchen: von dort konnte ich das Fenster in Sinadas Zimmer sehen. Ich saß still da; über meinem Kopfe regte sich in dem schon dunkler werdenden Laubwerke geistig ein kleines Vögelchen; eine graue Katze kam mit langgestrecktem Rücken vorsichtig in den Garten geschlichen, und die ersten Käfer summten schwerfällig durch die schon dämmerige Abendluft. Ich lag still da und blickte nach dem Fenster und wartete, ob es nicht würde geöffnet werden: und wirklich, es wurde geöffnet, und in seinem Rahmen erschien Sinaida. Sie trug ein weißes Kleid, — auch sie selbst, ihr Gesicht, ihre Schultern, ihre Arme, alles war so blaß, daß es der Farbe des Kleides nahe kam. Lange stand sie da, ohne sich zu rühren, und blickte lange regungslos unter den zunehmendenogenen Brauen hervor geradeaus vor sich hin. Einen solchen Blick kannte ich an ihr noch gar nicht. Dann presste sie die Hände krauphaft fest gegeneinander, führte sie an ihre Lippen, an ihre Stirn, und dann plötzlich blühte sie die Finger voneinander, warf das Haar von den Ohren zurück, schüttelte es, riefte wie in feister Entschlossenheit Kopf mit dem Kopf und schloß das Fenster.

Drei Tage darauf begegnete sie mir im Garten. Ich wollte mich zeitweilig wegwenden; aber sie selbst hielt mich an. „Geben Sie mir die Hand“, sagte sie zu mir mit der frühern Freundlichkeit. „Ich habe seit langer Zeit nicht mit Ihnen geplaudert.“

Ich sah sie an; in ihren Augen lag ein stiller Glanz, und ihr Gesicht lächelte wie durch einen Flor hindurch. „Sind Sie immer noch nicht wieder wohl?“ fragte ich sie. „Doch, jetzt ist alles vorüber“, antwortete sie und pflückte eine kleine rote Rose ab. „Ich bin noch ein bißchen müde; aber auch das wird vorübergehen.“ „Und Sie werden wieder ganz wie früher sein?“ fragte ich. Sinaida führte die Rose an ihr Gesicht, und es war mir, als

sie ein Widerschein der roten Blumenblätter auf ihre Wangen.

„Gabe ich mich denn verändert?“ fragte sie.

„Ja, Sie haben sich verändert.“ antwortete ich halblaut.

„Ich bin kalt gegen Sie gewesen, — ich weiß es.“ begann Sinaida. „Aber das müssen Sie nicht beachten. . . . Es war mir nicht anders möglich. . . . Nun, wozu sollen wir davon reden!“

„Sie wollen es nicht, daß ich Sie liebe, — das ist es!“ rief ich traurig in einem unwillkürlichen Ausbruch meiner Gefühle.

„Nein, nein, lieben Sie mich nur; aber nicht so wie früher.“

„Wie denn?“

„Wir wollen Freunde sein; das ist das Beste!“ Sinaida ließ mich an der Nase riechen. „Sehen Sie, ich bin ja viel älter als Sie, — ich könnte Ihre Tante sein, wahrhaftig; nur, wenn auch nicht gerade Ihre Tante, so doch Ihre ältere Schwester. Sie aber —“

„Ich bin in Ihren Augen noch ein Kind“, unterbrach ich sie.

„Nun ja, ein Kind, aber ein liebes, gutes, verständiges Kind, das ich sehr lieb habe. Wissen Sie was? Ich erenne Sie vom heutigen Tag an zu meinem Vagen; vergessen Sie nicht, daß Vagen nie von ihren Herrinnen weichen dürfen. Hier haben Sie ein Zeichen Ihrer neuen Würde.“ fügte sie hinzu, indem sie die Rose in ein Knöpfchen meiner Jacke steckte, ein Zeichen unserer Gnade gegen Sie.“

„Früher habe ich andre Gunstbezeugungen von Ihnen erhalten“, murmelte ich.

„Na!“ erwiderte Sinaida und sah mich von der Seite an. „Was er für ein gutes Gedächtnis hat! Nun gut, ich bin auch jetzt bereit. . . .“

Und sich zu mir neigend, drückte sie mir einen reinen, ruhigen Kuß auf die Stirn.

Ich sah sie nur an; sie aber wandte sich um und ging mit den Worten: „Adieu Sie mir, mein Vage.“ nach ihrem Haus.

Ich ging aufs höchste erkrankt, hinter ihr her. „Ist denn wirklich“, dachte ich, dieses sanfte, verständige Mädchen dieselbe Sinaida, die ich früher kannte?“ Auch ihr Gange kam mir ruhiger vor, ihre ganze Gestalt majestätischer und ebenmäßiger.

Mein Gott! Mit welcher neuen Gewalt kramte in meinem Herzen die Liebe auf!

(Fortsetzung folgt.)

